

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheidts, Angustastr. 8. — Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Preizelle oder deren Raum 30 Fig., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Fig. pro Zeile. Befragen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912, II. Die kapitalistische Fabrik-*konstitution* als Feigenblatt des Absolutismus. — **Allgemeines:** Der Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe 1912. Zur Generalversammlung, III, IV. Herr Heiß auf Reisen. Ortsberichte: Eibelfeld, Frankfurt a. M. — **Der Lithograph:** Der goldene Boden des Lithographenhandwerks, III. Eine Genugtuung. — **Die photomech. Fächer:** Ein loyaler Dienst. — **Feuilleton:** Grundgedanken der Schulreform (Schluß). Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Die Wahlkreiseinteilung.

Nach § 41 des Statuts folgt nachstehend die Wahlkreiseinteilung zur Wahl von Delegierten zu der am 10. August und folgende Tage in Stuttgart stattfindenden Generalversammlung. Weitere Mitteilungen sind an die Ortsvorstände gesandt.

Der Hauptvorstand.

Wahlkreis-Vororte	Mitgliedschaften des Wahlkreises	Mitglieder-Zahl	Zahl der Delegierten
Gau 1			
1. Berlin	Berlin u. Einzelmitglieder der Hauptkasse	3458	14
2. Stettin	Cöslin, Danzig, Königsberg, Stettin, Tilsit	224	1
3. Brandenburg	Brandenburg, Frankfurt a. O., Kirchhain, Posen, Potsdam	223	1
Gau 2			
4. Breslau	Breslau, Gielwitz, Katowitz, Schweltdnit	260	1
5. Altwasser	Altwasser, Bunzlau, Freiburg, Glogau, Görilitz, Hirschberg, Hofgöhlenau, Neurode	250	1
Gau 3			
6. Hamburg	Altona, Hamburg, Harburg	486	2
7. Hannover	Bielefeld, Bramsche, Detmold, Hannover	501	2
8. Braunschweig	Braunschweig, Einbeck, Herford, Hildesheim, Osnabrück	246	1
9. Lübeck	Bremen, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Schwerin	239	1
Gau 4			
10. Cöln a. Rh.	Cöln a. Rh.	231	1
11. Barmen	Barmen, Eibelfeld	247	1
12. Düsseldorf	Düsseldorf, Koblenz, Trier	231	1
13. Rheydt	Aachen, Emmerich, Lobberich, M.-Gladbach, Rheydt, Viersen, Wesel	232	1
14. Crefeld	Crefeld, Dortmund, Duisburg, Düren, Essen, Stollberg	231	1
15. Solingen	Bonn, Iserlohn, Kempen, Lüdenscheld, Remscheid, Solingen	230	1
Gau 5			
16. Leipzig	Leipzig	2273	9
17. Magdeburg	Aschersleben, Magdeburg, Mühlhausen i. Th., Nordhausen	236	1
18. Saalfeld	Gera, Rudolstadt, Saalfeld, Zwickau	234	1
19. Cassel	Cassel, Coburg, Gotha, Jena, Meiningen, Weimar	238	1
20. Erfurt	Dessau, Erfurt, Halberstadt, Halle	229	1

Wahlkreis-Vororte	Mitgliedschaften des Wahlkreises	Mitglieder-Zahl	Zahl der Delegierten
21. Crimmitschau	Altenburg, Crimmitschau, Eilenburg, Glauchau, Greiz, Grimma, Plauen, Reichenbach, Wurzen, Zeitz	238	1
Gau 6			
22. Dresden	Coswig, Dresden	934	4
23. Chemnitz	Budholz, Burgstädt, Chemnitz, Schleittau	243	1
24. Bautzen	Bautzen, Ebersbach, Zittau	246	1
25. Meißen	Meißen, Mügeln, Niedersiedlitz	265	1
Gau 7			
26. Frankfurt I.	Frankfurt a. M. I, Neuisenburg, Wiesbaden	257	1
27. Frankfurt II	Frankfurt a. M. II, Mainz, Offenbach	262	1
28. Hanau	Aschaffenburg, Darmstadt, Hanau, Spremlingen	237	1
Gau 8			
29. Lahr	Colmar, Freiburg i. B., Lahr, Mülhausen, Offenburg, Straßburg	255	1
Gau 9			
30. Karlsruhe	Forbach, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Mannheim, Metz, Pforzheim	276	1
Gau 10			
31. Stuttgart I.	Stuttgart I.	279	1
32. Stuttgart II.	Stuttgart II	265	1
33. Eßlingen	Bietigheim, Eßlingen, Geißlingen, Göppingen, Hechingen, Hellbronn, Schramberg, Schwenningen, Ulm	261	1
Gau 11			
34. München I.	München I.	504	2
35. München II.	München II.	423	2
36. Kaufbeuren	Augsburg, Kaufbeuren, München III	216	1
Gau 12			
37. Nürnberg I.	Fürth, Nürnberg I, Nürnberg II	986	4
38. Würzburg	Regensburg, Schwabach, Selb, Würzburg	164	1

Tarifamt für Deutschlands Chemigrappen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten sind nachzutragen die Firmen

Jakob Hodiamont in Aachen und Fritz Haubmann in Darmstadt.

Berlin, den 3. Juni 1913.

Das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen.

Der Wahlkampf in Preußen liegt hinter uns. Welche Bedeutung er auch für die Gewerkschaften hatte, das haben wir am Vorabend der Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus in Nr. 20 der »Gr. Pr.« hervorgehoben. Wenn wir jetzt das Ergebnis des Wahlkampfes überblicken, dann ist festzustellen, daß es so ausgefallen ist, wie es angesichts des Wahlsystems, auf Grund dessen die Wahlen in

Preußen vor sich gehen, nicht anders sein konnte: Die kleine Junkerpartei hat zwar einige Mandate verloren, aber sie zieht doch wieder in einer Stärke in das preußische Abgeordnetenhaus ein, die es ihr ermöglicht, ihr Unwesen zum Schaden der großen Mehrheit des preußischen Volkes auch fernerhin zu treiben. Und die Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, hat zwar einen enormen Zuwachs an Urwählerstimmen gehabt und trotz der Öffentlichkeit der Wahl rund eine Million Wähler um sich geschart, aber trotzdem hat sie die Zahl ihrer Mandate und damit ihren parlamentarischen Einfluß in Preußen nur in einem geringen Grade zu steigern vermocht. Der neue Landtag erhielt gegenüber seinem Vorgänger folgendes Gesicht:

Konservative	148 (früher 155) -7
Freikonservative	53 (= 60) -7
Nationalliberale	73 (= 65) +8
Fortschrittliche Volkspartei	40 (= 37) +3
Zentrum	103 (= 103) -0
Polen	12 (= 14) -2
Dänen	2 (= 2) -0
Sozialdemokraten	10 (= 6) +4
Antisemiten	2 (= 0) +2
Wilde	— (= 1) -1

Gesamtzahl der Mandate: 443 (früher 443)

Die Verschiebung von rechts nach links hätte wesentlich stärker sein können, wenn die freisinnige Volkspartei schon vor den Urwahlen auf das unwürdige Paktieren mit den Nationalliberalen verzichtet und Anschluß bei ihrem linken Nachbar, der Sozialdemokratie, gesucht hätte. Sie hat sich aber wenigstens noch zwischen Urwahl und Abgeordnetenwahl auf ihren Liberalismus besonnen und das, was sie vor den Urwahlen versäumte, wenigstens einigermaßen wieder gutzumachen versucht. Dadurch gelang es ihr, mit Hilfe der Sozialdemokraten in Breslau, Teitow, Beeskow, Liegnitz und anderen Wahlkreisen gegen die Konservativen oder Nationalliberalen den Sieg davon zu tragen, während ihre Wahlmänner in Ober- und Niederbarnim, wo Konservative und Sozialdemokraten in Stidwahl standen, durch Stimmenthaltung dazu beitrugen, daß die Sozialdemokratie die Konservativen aus dem Sattel hob und die drei Mandate des Kreises neu eroberte. Leider konnten sich die freisinnigen Manneseelen nicht zu einem direkten Eintreten für die Sozialdemokraten aufschwingen, sonst hätte auch das Pinneberger Mandat der Junkerpartei entrisen und der Sozialdemokratie und damit der Linken gesichert werden können.

Aber in der geringen Verschiebung von rechts nach links bei der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses liegt nicht die hauptsächlichste Bedeutung der preußischen Landtagswahlen, auch nicht in der an sich erfreulichen Erhöhung der Mandate der Arbeiterpartei von 6 auf 10. Diese Bedeutung besteht vielmehr in der bereits in der »Politischen Monatsschau« in Nr. 21 der »Gr. Pr.« gewürdigten enormen Erhöhung der sozialdemokratischen Urwählerstimmenzahl von 600000 im Jahre 1908 auf rund 1 Million im Jahre 1913, also ungefähr

um Zweidrittel! Sie läßt damit noch mehr als bisher alle anderen Parteien weit hinter sich zurück.

Grade dieser Umstand offenbart aber auch, wenn man ihm die schon genannten Mandatsziffern gegenüberstellt, drastisch die ganze Unvernunft und Ungerechtigkeit des preußischen Wahlsystems. Die kleine Junkerpartei, die vielleicht nur halb soviel Urwählerstimmen auf ihre Kandidaten vereinigte »eroberte« dank der Wahlkreisgeometrie, der Dreiklassenteilung und anderer duffender Blüten an diesem elendesten aller Wahlsysteme 148 Sitze im Abgeordnetenhaus, während die sozialdemokratische Milionenpartei ganze 10 Vertreter in das Dreiklassenparlament zu bringen vermochte. Wer sich dieses schreiende Mißverhältnis vergegenwärtigt und noch einen Funken Gerechtigkeitsgefühl im Leibe trägt, der muß durch das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen in die Reihen derer gedrängt werden, die mit allen Kräften für ein gerechtes Wahlrecht kämpfen. Und in dieser neuen Befruchtung des Wahlrechtskampfes liegt die immense Bedeutung des preußischen Wahlkampfes und seines Ergebnisses, das den Sieg des Volkes im Wahlrechtskampfe verbürgt.

Rundschau.

»Patriarchalische Verhältnisse.« Im Zeitalter des Kapitalismus gehört schon eine gehörige Portion Einbildungskraft oder Selbsttäuschung dazu, um die Unternehmer als »Patriarchen« anzusehen und als Arbeiter in patriarchalischer Harmonieduselei zu machen. Wer es dennoch tut, besorgt zum eigenen Schaden die Geschäfte des Unternehmers. So gibt z. B. in einem recht rückständigen Druckorte, der noch ganz abseits von der allgemein üblichen Arbeitszeit und von neuzeitlichen Arbeitslöhnen liegt, ein Kunststaltbesitzer alljährlich einen Fabrikball. Das ist für ihn ein sehr billiges Vergnügen, das ihm außerdem noch tausendfältige Früchte trägt. Denn die Arbeiter werden dadurch über ihre miserablen Lohnverhältnisse und über die Ausbeutungs-dauer hinweggetäuscht, die bei den Lithographen täglich noch 1 1/2 Stunden und bei den Stein- und Buchdruckern 1/2 Stunde länger ist als anderswo, wo kein »Fabrikball« mehr stattfindet. Es ist unbegreiflich, daß die »patriarchalisch« gesinnten Arbeiter der Firma noch nicht ausgerechnet und erkannt haben, wie ihnen auf Grund der »patriarchalischen Verhältnisse« vom Unternehmer zu seinem eigenen klingenden Vorteil das Fell über die Ohren gezogen wird. — Ein anderer Unternehmer, der willkürlich Feiertage ansetzt, die er dann nicht bezahlen wollte, obwohl er als Schutzverbandsmitglied dazu verpflichtet war, glaubte an seinen Arbeitern, die zur Wahrnehmung ihres guten Rechtes gegen ihn klagten, fürchterliche Rache nehmen zu müssen; er verfügte daher: »Jetzt ist es aber alle mit dem Freibier und dem Sommerfest und noch mandem andern!« Grade dieser Fall zeigt drastisch, daß die Unternehmer die »patriarchalischen Verhältnisse« nur pflegen, um die dummen Arbeiter recht über-tölpeln und um so gründlicher ausbeuten zu können. Ihr Interesse an den »patriarchalischen Verhältnissen« geht sofort in die Brüche, sobald die Arbeiter das Spiel durchschauen und statt billiger »Wohlthaten« ihre Rechte fordern! Nicht Freibier, Sommerfeste, Fabrikbälle und ähnlichen Klimbin, sondern anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangt der mannhaft für seine Interessen ein-stehende Arbeiter. Er überläßt es dem feigen Schwächling, sich durch allerlei Wohlfahrtschwandel und patriarchalische Harmonieduselei vom Aus-beuterium über-tölpeln zu lassen.

Die Artikelfolge »Vom Tiermenschen zum Kulturmenschen« in den Nrn. 20—22 der »Gr. Pr.« überstieg wieder einmal das Begriffsvermögen und den Horizont des Redakteurs der »Graphischen Stimmen«, dem wissenschaftliche Erkenntnis und moderne Entwicklungslehre ein Buch mit sieben Siegeln sind. Daher stellte er in der jüngsten Nummer seines Blättchens seiner geistigen Impotenz das folgende Zeugnis aus: »Wenn da immer vom »Tiermenschen« die Rede ist, so bezeichnet das schon die geistige Verfassung des Artiklers. »Tier-menschen« hat es eben nie gegeben und gibt es nicht, sondern Menschen und Tiere. Menschen sind mit freiem Willen und Vernunft begabt, Tiere haben Instinkte. Den Menschen schuf Gott nach seinem Ebenbild. Das ist mit wenig Worten unsere Antwort auf die Phantastereien der Graphischen Presse, die wiederum ein Beweis dafür sind, wie der Standpunkt des Christentums von einfältigen Halbgebildeten mit Phrasen berannt wird und wie die Masse der sozialistischen Arbeiter sich mit einer Pseudowissenschaft abtöttern läßt. Das ist sehr traurig.« — In ähnlicher Weise rätioniert in dem Drama »Der ledige Hof« des deutschen Dichters Ludwig Anzengruber ein »rommer« Pfarrer über »die verrückte moderne Wissenschaft, die den Affen als Urahnen des Menschen bezeichnet«, worauf ihm

Im Diskurs von einem simplen Schulmeister treffend geantwortet wird: »Es ist aber so. Bedenken Hochwürden nur, waren unsre Vorahren Affen, dann haben wir es doch zu etwas gebracht, sind's aber Ebenbilder Gottes gewesen, dann sind wir schön heruntergekommen.« Vielleicht nagelt sich der »christliche« Redakteur der »Graphischen Stimmen« diesen trefflichen Anzengruberschen Spruch über sein Redaktionspult. Nutzen wird es freilich nichts!

Der Unterstützungsverein Senefeld hat nach dem Bericht seines Hauptvorstandes über das III. und IV. Quartal 1912 trotz der großen Zahl seiner freiwilligen Werber aus den Reihen der Unter-nnehmer, Faktore, Oberlithographen und Oberdrucker und trotz des Terrors, der bei den Werbemaßnahmen dieser Leute angewendet wird, im zweiten Halbjahr keine Mitgliederzunahme zu verzeichnen gehabt. Denn den 110 neuen Mitgliedern, die ihm durch Überredungen und Drohungen zugezogen wurden, stehen nicht weniger als 112 Mitgliederverluste gegenüber, sodaß sich sein Mitgliederbestand von 1362 am Anfang des III. Quartals auf 1360 am Schluß des IV. Quartals verringerte. Bezeichnend ist es, daß von den ausgeschiedenen 112 Mitgliedern nicht weniger als 96 freiwillig ausgetreten sind; 14 mußten wegen Beitragsresten gestrichen werden und 2 sind gestorben. Allein im II. Halbjahr 1912 wollten also 110 Mitglieder mit dem gelben Frankfurter Verein, der sich vom Schutzverbände subventionieren läßt, nichts mehr zu tun haben.

Lehrherr und Lehrling. Ein Kaufmannsgericht hat kürzlich die Schadenersatzklage eines Lehrherrn gegen seinen Lehrling abgewiesen, der im zweiten Lehrjahre aus der Lehre gelaufen war. Der junge Mensch hatte monatlich eine bestimmte Summe erhalten, und der Lehrherr forderte von ihm die Zahlung der Mehrkosten, die durch die Annahme einer Kontoristin für den davongelaufenen Eleven entstanden waren. Das Gericht sprach den Grund-satz aus, an einem Lehrling solle der Prinzipal überhaupt nichts verdienen, er habe ihn nur zu einem tüchtigen Fachmann auszubilden. — Es gibt doch noch Richter in Deutschland. Wenn stets in Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis derartige vernünftige Urteile gefällt würden, dann würde zweifellos auch im Lehrlingswesen unseres Berufs vieles besser sein.

Der »Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer« hat am 1. Juni 1913 eine Auflage von 50000 Exemplaren erreicht. Seine Entwicklung in den 50 Jahren seines Bestehens ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: die Auflage betrug zu Ende des Jahres

Table with 6 columns: Year, 1863, 1867, 1872, 1877, 1882, 1887, 1889, 1890. Rows show increasing numbers of copies over time.

Wieder ein Streikbrecher als Mörder! In Frauendorf, einem Vorort von Stettin, kam es am 5. Juni abends zu Streikexzessen, bei denen ein Streikender von einem Arbeitswilligen namens Brandenburg mit einem langen Brotmesser in den Unter-leib gestochen wurde. Der Stoß wurde so stark geführt, daß der Leib ein Stück aufgeschnitten wurde und die Eingeweide des Gestochenen zum Teil herausstraten. Der Arbeiter ist bald nach seiner Entlieferung in das Kreiskrankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Außer dem Getöteten wurde noch eine ganze Reihe fremder Personen von dem Krawall in Mitleidenschaft gezogen und von den zu Hilfe gerufenen Schutzleuten mehr oder weniger schwer verletzt. Die bürgerliche Presse sucht natürlich wieder die ganze Schuld an den Krawallen auf die Arbeiter und insbesondere die Streikenden zu schieben. Die Volksmasse wird auf 5—600 Personen angegeben, eine Zahl, die viel zu hoch gegriffen ist. Außerdem wird behauptet, daß aus der Volksmasse auf die Polizei geschossen worden sei; es steht aber nur fest, daß die Polizei bei ihrer Attacke gegen die Angesammelten Schüsse abfeuerte. Verletzungen sind übrigens nur festgestellt, soweit es sich um Säbelhiebe der Polizei handelt. Der offiziöse Telegraph gibt selbst an, daß »die Zahl der Verletzten, die im Dunkel der Nacht ihre Häuser aufsuchten«, erheblich größer sein werde, als die Zahl der festgestellten Verletzten, das sind nur 2, und diese haben Verletzungen von Säbelhieben. Der Mörder wurde in einem Automobil nach einem Stettiner Polizeirevier gebracht und dann in Untersuchungshaft genommen. Die arbeiterfeindliche Presse billigt dem Streikbrecher sofort wieder Notwehr zu, noch ehe überhaupt etwas Näheres über den Vorgang bekannt werden konnte. Die Untersuchung wird hoffentlich diesen Schwindel aufdecken. Denn es sind Zeugen vorhanden, die sehen, wie ohne Wortwechsel und ohne irgend welche Auseinander-setzungen der Mörder dem Erstochenen das Messer in den Leib rannte. Die moralische Verantwortung für dieses neue Verbrechen eines Streikbrechers tragen die Scharfmacher, die immer noch nach einem stärkeren Schutze dieses Streikbrechergesindels schreien. — Inzwischen wurde bekannt, daß der Mörder Brandenburg auf freiem Fuß gesetzt worden ist! Diese unbegreifliche Haftentlassung eines feigen Meuchelmörders erfolgte, obwohl er der Frauen-

dorfer Ortspolizeibehörde als ein überberühmtes, raufstüftiges Subjekt, das ihr schon viel zu schaffen machte, bekannt war, und obwohl ihr auch zu Ohren kam, daß der Mörder schon vor der Tat Bemerkungen machte, die auf einen vorsätzlichen Mord schließen lassen. Inzwischen dürfte sich Brandenburg in Sicherheit gebracht haben, nachdem ihm die Justizbehörde selber den Weg ins Freie geöffnet hat.

Die neugegründete Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die aus der Verschmelzung der bisherigen Hauptstelle und des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände hervorgegangen ist, hielt am 27. Mai in Berlin unter dem Vorsitze des Fabrikbesitzers Garvens (Hannover) ihre erste Mitgliederversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Syndikus Dr. Tänzler (Berlin). Er teilte mit, daß die Vereinigung noch im Laufe dieses Jahres eine allgemeine Arbeitsnachweiskonferenz einberufen wird, in der über die Ausbreitung der Arbeitgebernahme verhandelt werden soll. Dem Arbeitgeberverein in Krefeld, der augenblicklich in einem Kampfe mit dem Textil-arbeitgeberverbande steht, wurde die volle Unterstützung der übrigen Industrien und auch der Zentrale in der Form zugesagt, daß die Krefelder Arbeitgeber finanziell für die bisher gebrachten Opfer voll entschädigt werden sollen, und daß ihnen auch die finanzielle Hilfe der neuen Vereinigung für die Folgezeit bis zur endgültigen Beendigung des Kampfes zugesagt wurde. Die Mitgliederversammlung erledigte weiter die Ausschußwahlen und wählte etwa 40 Industrielle aus allen Teilen des Reichs und aus allen Industrien in den Ausschuß. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen Verwaltungsangelegenheiten.

Terrorismus der Kirche gegen freiorganisierte Arbeiter. Bei den Renovationsarbeiten der St. Josephskirche in Köln waren auch freiorganisierte Bauarbeiter beschäftigt. Dieser Tage forderte nun der Bauunternehmer Pöttgen diese Leute auf, sich andere Arbeit zu suchen. Sozialdemokraten dürfe er an einem Kirchenbau nicht beschäftigen. Die freiorganisierten Arbeiter wurden denn auch bald darauf entlassen. Einem Vertreter des Bauarbeiterverbandes gestand der Unternehmer offen, daß er auf Veranlassung des Kirchenvorstandes gehandelt habe. Ubrigens ist reichlicher Grund für die Annahme vorhanden, daß der Kirchenvorstand von dem christlichen Bauarbeiterverband geschoben worden ist. Auf Betreiben des letzteren werden auch an dem Neubau der katholischen Kirche in Köln-Nippes freiorganisierte Arbeiter nicht beschäftigt. Man holt »christliche« Leute von auswärts heran, während einheimische Bauarbeiter scharenweise arbeitslos sind. Diese Vorgänge erregen unter den Kölner Arbeitern un-sommer Erbitterung, als Zehntausende freiorganisierte Arbeiter Kölns noch der katholischen Kirche angehören und zur Kirchensteuer herangezogen werden.

Aus dem Auslande.

Ungarn. Nach dem Jahresberichte der ungar-ländischen Gewerkschaftszentrale stieg die Mit-gliederzahl aller angeschlossenen Gewerkschaften im letzten Jahre von 95180 auf 111966, doch be-trug der Jahresdurchschnitt nur 103807. Die Kriegswirren des verflochtenen Jahres haben un-gemein lähmend auf die Entwicklung der Gewerk-schaften eingewirkt. Daher ist die Zunahme um 16786 Mitglieder (18 Proz.) sehr erfreulich. Weibliche Mitglieder zählen die Gewerkschaften 6508 oder 5,8 Proz. der Gesamtzahl. Von allen Gewerk-schaftsmitgliedern wohnen in Budapest 54 Proz. Die Gesamteinnahmen der Organisationen betragen 2333000 Kr. gegen 2017000 Kr. im Vorjahre, darunter 1829000 Kr. (1588000 Kr.) an Mitglieds-beiträgen. Die Ausgaben stiegen in den letzten beiden Jahren von 1767000 Kr. auf 2201000 Kr., darunter 393000 Kr. für Arbeitslosenunterstützung, 247000 Kr. für Krankenunterstützung, 129000 Kr. für Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung, 142000 Kr. für andere Unterstützungen usw. Über die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung haben 53 Organisationen berichtet. Bei ihnen meldeten sich 58590 Arbeitslose gegen 46380 im Vorjahre. 80 Proz. der männlichen und 95 Proz. der weiblichen Bewerber konnten durch diese Nachweise ver-mittelt werden.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 7 Juni 1913.

Jahresbericht des Kohlsyndikats. Syndikat und Fiskus. Wachsende Enttäuschungen Eisenproduktion. Geldmarkt, Neue Reichs- und Preußen-Anleihen. Bankzusammenfälle.

Der Jahresbericht des Kohlsyndikats für 1912 bietet erklärlicherweise nicht viel neues; aber ein paar Grundzüge verdienen hervorgehoben zu werden. Ihre Befriedigung über die Periode flottester Beschäftigung verhehlen die Grubengewaltigen zunächst in keiner Weise. Namentlich die bedeutende Produktionszunahme der Hochöfen, der Hauptabnehmer, deren Ausbeute um 37 Proz. das Hochkonjunktur-jahr 1907 überstieg und dennoch glatt vom Verbrauch und Markt aufgenommen wurde, bewirkte für die Kohlenzechen, daß der Geschäftsgang an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Bei dieser Gelegenheit wird, unter Umrechnung der Koks- und

Brikettmengen in entsprechende Kohlenquantitäten, folgende interessante Statistik über Deutschlands Erzeugung, Ein- und Ausfuhr und Verbrauch an Steinkohlen aufgestellt:

	Deutschlands		Totalverbrauch pro Kopf Kilogr.
	Kohlen- produktion	Kohlen- einfuhr ausfuhr Millionen Tonnen	
1912	177,1	11,2 40,6	147,7 2227
1911	160,7	11,8 35,1	137,5 2085
1910	152,8	12,1 30,9	134,1 2064
1909	148,8	13,2 28,8	133,1 2084
1908	147,7	12,5 26,8	133,4 2118
1907	143,2	14,6 25,7	132,0 2126
1912 geg. 1907	+33,9	- 3,4 14,9	+15,7 + 101

Die Stellung gegenüber dem ausländischen Wettbewerb hat sich also wesentlich gehoben: durch Verdrängung des Auslandes auf deutschem Boden, noch mehr jedoch durch die stärkeren Vorstöße nach außen. Trotzdem blickt das Syndikat nach stärkerem Staatseingreifen aus. Der Schutzzoll kann hierbei nicht in Frage kommen, da sich die deutschen industriellen Verbraucher gegen jede derartige Verteuerung ihres Brennstoffes energisch zur Wehr setzen würden. Das Syndikat verlangt deshalb allgemein billigere Eisenbahntransporttarife, da dem Ausland vorwiegend die billigen Schiffsfrachten an den Küsten und auf den Inlandswasserstraßen zunutze kämen, vor allem jedoch eine Ermäßigung der Ausfuhrtarife, der der Landeseisenbahn und infolgedessen auch die Regierung bisher ablehnend gegenübersteht. Gerade in der letzten Forderung kommt die nicht unbedenkliche Entwicklung der letzten Jahre zum Ausdruck: die unumgängliche Notwendigkeit wachsender Ausfuhr, um nicht der dauernden Überproduktion zu verfallen.

Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1913 bezeichnet der Bericht als nach den bisherigen Erfahrungen und dem gegenwärtigen Stand der Marktlage durchaus günstig. Speziell für die Kohlenproduktion mag das zutreffen, da diese bisher immer zuletzt und sehr abgeschwächt den sonstigen Konjunkturrückgang gespürt hat. Wesentlich anders lauten jedoch fortgesetzt die Nachrichten vom allgemeinen Wirtschaftsmarkte. Nichts will mehr recht gelingen, und so ist es kein Wunder, daß eine recht grämliche, zum Teil schon eine verbitterte und verzweifelte Stimmung sich mehr und mehr ausbreitet. Sie prägt sich um so tiefer aus, je mehr man vorher übermäßige Hoffnungen auf den Friedensschluß und seine wirtschaftlichen Wirkungen gesetzt hatte.

Im Mittelpunkt der Enttäuschungen steht der Eisenmarkt, dessen Verfallung und Niedergang hier bereits öfter geschildert wurde. Immer deutlicher tritt hervor, daß bisher noch die Werke in ganz abnormer Weise von langfristigen alten Abschlüssen zehrten, daß aber jeder entsprechende Nachschub von neuen Bestellungen ausbleibt. Überall kann man das gleiche Urteil lesen und hören: Der Eingang der neuen Orders beschränkt sich auf den nötigsten laufenden Bedarf, der Konsum deckt sich nur von der Hand in den Mund mit Ware ein. Mit dem Wettlauf der Produzenten nach neuen Aufträgen und mit der Zurückhaltung der Abnehmer fallen naturgemäß die Preise weiter. In Düsseldorf notierte gewöhnliches Stabelfisen aus Flußfelsen (mittlerer Preis pro Tonne) am 3. Januar 124,50 Mk., am 30. Mai 109,00 Mk. Dabel finden aber, wenn die »Vossische Zeitung« zutreffend berichtet ist, im stillen beträchtliche Unterbietungen statt, »zu Beginn der letzten Woche bis auf durchschnittlich 107 1/2 Mk. herab; heute kann der Verbraucher wahrscheinlich noch billiger ankommen«. Die »Frankfurter Zeitung« schreibt, gleichfalls über den Stabelfisenmarkt, der allerdings am meisten unter der Abschwächung zu leiden hat: »Wenn nicht bald eine Besserung der ganzen Marktlage eintritt, so dürfte noch auf einen weiteren Preisrückgang zu rechnen sein«. Auch in Bandelsen ist, nach derselben Quelle, in letzter Zeit die Beschäftigung schwächer geworden, was aus den von den Werken gestellten Lagerfristen hervorgeht; neue Abschlüsse kämen nur wenige zustande und selten nur unter Preisopfern hereinzuholen. Der niedrigste Inlandsgrundpreis für warmgewalztes Bandelfisen sei zwar unverändert 145 Mk. netto ab Oberhausen, doch stehe derselbe nur noch auf dem Papier, weil die der rheinisch-westfälischen Bandelsenvereinigung nicht angehörenden Werke um etwa 7 1/2 Mk. pro Tonne billiger anbieten und die kartellierten Werke unter der Hand folgen müssen. Im Auslandsgeschäft ist Bandelfisen sogar um 10 bis 12 1/2 Mk. herabgesetzt, ohne daß deshalb der erhoffte größere Absatz zu erzielen war. Das Geschäft in kaltgewalztem Bandelfisen stockt, wie weiter bemerkt wird, fast vollständig; hier wirkt allerdings der außerordentliche Umstand mit, daß jedermann die Entscheidung über das Fortbestehen des Verbandes abwartet. Ähnlich lauten die Nachrichten vom Blechmarkt (ebenfalls mit Ausnahme der Schiffsbleche und Grobbleche) ferner für Gasröhren; für Walzdraht vielleicht weniger, aber um so mehr für gezogene Drähte und Drahtstifte. Für die Kleinisenindustrie war schon lange der Balkankrieg und noch mehr das Darniederliegen der Bauwerke die Ursache von vielseltigen Verlegenheiten. Am besten halten sich noch diejenigen Produktionszweige, die meist erst am spätesten die Abschwächung des Eisenmarktes fühlen: die Maschinen- und Kesselfabriken und vor allem die

Roheisenproduktion, deren Erzeugnisse, wie man sich erinnern wird, oft noch im Beginn der allgemeinen Krisis durch ihren unerschütterlichen Preishochstand die schärfste Kritik herausforderten. Vielleicht erleben wir demnächst eine Neuaufgabe des alten Interessensstreites zwischen Weiterverarbeitern und Rohstoff- und Halbzeugproduzenten, aber an dem durchschnittlichen Bilde wird dadurch nichts geändert.

Der Geldmarkt, von dessen leichterem Beweglichkeit man sich eine stärkere Wirtschaftsbelebung verspricht, verharrt in seiner Erstarrung und Anspannung. Im Vorjahre sank in der letzten Maiwoche bei der Reichsbank zwar die steuerfreie Reserve um 177,6 Millionen Mark, aber zum Schlusse blieb die Reichsbank noch immer mit 201,1 Mill. Mark (am 23. Mai mit 378,7 Millionen Mark) in der Steuerfreiheit. Zwischen dem 23. und 31. Mai des laufenden Jahres verwandelte sich eine Steuerfreiheit von nur 205,2 Millionen Mark, in eine Steuerpflicht von 15,0 Millionen Mark. Der Privatdiskont war, besonders beim Monatsübergang, außerordentlich hoch, während sonst der Mai gewöhnlich einer der geldbilligsten Monate ist.

Sehr wenig freundlich wurde deshalb die Ankündigung aufgenommen, daß das Reich und auch Preußen neue Anleiheforderungen an den Markt stellen, noch dazu zu einer Zeit, ehe alle Restzahlungen auf die letzte Anleiheemission vom März vollständig erledigt sind. Diesmal handelt es sich um 50 Millionen Mark deutsche Reichsanleihe und 175 Millionen Mark preussische konsolidierte Staatsanleihe, beide 4 prozentig und bis 1935 unkündbar; die öffentliche Zeichnung findet am 12. Juni zum Kurse von 97,90 statt (von 97,70 für Stücke, die unter Sperrung bis zum 15. April 1914 in das Reichs- und Staatsschuldbuch eingetragen werden). Die Übernahmehanken erhalten einen etwas höheren Bruttogewinn als im März (Übernahmekurs 90, also Gewinnrendite 0,90 Proz. gegen 0,60 und 0,50 Proz. im März); geflissentlich wurde auch betont, daß beide Anleihen lediglich werbenden Zwecken, insbesondere den Ausgaben für Eisenbahnbauten dienen; man wies sogar auf die sehr willkommene belebende Anregung auf die Eisenindustrien durch die hohen Staatsbahnbestellungen hin. Alles dies vermochte die frostige, wenn nicht feindliche Stimmung nicht zu beseligen; die Antwort bildeten zunächst nur Kursrückgänge der deutschen und preussischen Anleihen; am 31. Mai bei den 4prozentigen Reichsanleihen: bei den bis 1918 unkündbaren von 99,10 auf 98,90, bei den bis 1925 unkündbaren von 99,80 auf 99,70.

Hieran reiheten sich noch Zwischenfälle, die als kleinere Nervenstörungen fast immer größeren Schlaganfällen vorangingen. Kaum waren die Notverkäufe für die Lauenburger Depositenkasse der Danziger Privatbank unter Enthüllung schwerer Pflichtverletzungen seitens der Bankverwaltung vorüber, so kündigte am 31. Mai die westfälische Bankfirma Cleffmann, Sixtus & Compagnie in Essen-Ruhr einen vorläufigen Zahlungsausstand bis zum 4. Juni an; die dauernden Folgen sind im Augenblick noch nicht zu übersehen. Das Peinlichste war jedoch, um dieselbe Zeit, die Stellung der amerikanischen St. Louis- und San Francisco-Eisenbahn unter Zwangsverwaltung, denn alte Sünden der vermittelnden deutschen Großbanken wurden dadurch weiten Börsenkreisen schmerzlich zum Bewußtsein gebracht. Noch im Jahre 1911 waren die 5prozentigen Obligationen dieses zweifelhaften Unternehmens mit 88 Proz. in Deutschland eingeführt worden, unter Vorangang der unabhären Deutschen Bank. Heute, nach zwei Jahren: Zwangsverwaltung, Kurs 55 Proz. und weitere Kursstürze wahrscheinlich. Endlich kommen recht bedenkliche Nachrichten aus Argentinien, das seinen Aufschwung, wie immer, mit großen spekulativen Ausschreitungen begleitete und nunmehr die unvermeidliche »Reaktion« heraufziehen sieht. Sind das alles Sturmzüge vor dem Hereinbruch der wirklichen Schlußabrechnung? Oder wird sich der Himmel nochmals klären?
Nach Max Schippel.

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912.

II. Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1912.

Die dritte statistische Beilage des »Korrespondenzblattes« enthält eine umfassende Arbeit über die Entwicklung des Arbeitsnachweises im verfloßenen Jahre, die die Beachtung aller Gewerkschaften im vollsten Maße verdient.

Daraus ist zu entnehmen, daß das Jahr 1912 von Anfang an bis zu Ende im Zeichen gewerblicher Hochkonjunktur stand. »Der Balkankrieg«, heißt es in der Statistik, »der im vierten Quartal zu einer erheblichen Ermattung des Börsengeschäfts und zu Schwierigkeiten am Geldmarkte führte, wirkte zunächst auf den Warenaustausch am Weltmarkte nur ganz unbedeutend zurück, sodaß auch eine nennenswerte Störung des Beschäftigungsgrades in der gewerblichen Produktion bis zum Jahreschluß nicht festzustellen war. Am deutschen Arbeitsmarkte kam jedoch die Gunst der allgemeinen Wirtschaftslage nicht in dem Maße zum Ausdruck wie in früheren Konjunkturjahren.« Das ist aus einer in die Statistik der Generalkommission übernommenen Zusammenstellung der Monatsdrift »Der Arbeitsmarkt« zu ersehen, nach der im Durchschnitt der Jahre 1900

bis 1912 auf je 100 offene Stellen die folgenden Zahlen von Arbeitsuchenden kamen:

1900	122,6	1907	117,9
1901	164,3	1908	159,6
1902	177,3	1909	149,1
1903	147,4	1910	131,8
1904	128,8	1911	121,1
1905	119,9	1912	122,4
1906	110,6		

Das plötzliche Steigen der Andrangsziffer in den Jahren 1901/02 und 1908 ist auf den Konjunktursturz zurückzuführen, der in diesen Jahren das Wirtschaftsleben schwer erschütterte. Die verhältnismäßig geringe Andrangsziffer im Jahre 1912 beruht jedoch zweifelslos nicht auf einer derartigen fundamentalen Änderung der Konjunkturtendenz, sondern jedenfalls auf einer Verneuerung des Angebots am städtischen Arbeitsmarkte durch den stärkeren Zustrom ländlicher Arbeitskräfte, der wieder in der teilweise schlechten Ernte des Jahres 1911, in der Verminderung der inländischen Viehbestände infolge von Viehseuchen und Futtermangel, in der Ende 1911 einsetzenden Lebensmittelteuerung und in der mit allen diesen Umständen verbundenen Abnahme des Bedarfs an landwirtschaftlichen Arbeitskräften seine Erklärung findet. Obwohl die Nachfrage nach Arbeitskräften in erfreulichem Maße stieg, konnte sie doch die Vermehrung des Angebots am städtischen Arbeitsmarkte nicht vollständig ausgleichen, woraus sich dann die geringe Erhöhung der Andrangsziffer ergibt.

Diese Sachlage wird zunächst bestätigt durch die Mitgliederbewegung in den Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung des Reichsarbeitsblattes angeschlossen sind, auf die sich die Statistik der Generalkommission stützt. Ein Vergleich der Ziffern vom Jahre 1911 mit denen vom Jahre 1912 lehrt, daß die berichtenden Krankenkassen in jedem Monat 1912 mehr Mitglieder hatten als im entsprechenden Monate 1911, was natürlich einer Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1912 gleichkommt. Folgende Tabelle gibt ein Bild dieser Steigerung von Monat zu Monat:

Monat	Zahl der Beschäftigten		Steigerung (+) 1912 gegen 1911
	1911	1912	
Januar	4938412	5249488	+ 311076
Februar	4932584	5238824	+ 306240
März	4976844	5309799	+ 332955
April	5073880	5409744	+ 335864
Mai	5181876	5512431	+ 330555
Juni	5259990	5543979	+ 273989
Juli	5252427	5535682	+ 283255
August	5243940	5534389	+ 290449
September	5266772	5546093	+ 279321
Oktober	5312901	5586752	+ 273851
November	5360536	5614910	+ 254374
Dezember	5366009	5613165	+ 247156
Januar 1913	—	5466334	+ 216846

Nach der Tabelle war aber nicht nur während des ganzen Jahres 1912 in den einzelnen Monaten eine größere Zahl von Personen in Arbeit als 1911, die Zahl der Beschäftigten ist auch, abgesehen von kleinen Rückschlägen im Februar, Juli, August und Dezember, im Jahre 1912 selbst von Monat zu Monat gestiegen; ihren höchsten Stand erreichte sie im November.

Im Jahresdurchschnitt betrug die Beschäftigtenziffer für den Kreis der von der Statistik erfaßten Arbeiterschaft für 1906: 4435256, 1907: 4592223 (mithin Zunahme gegen 1906: 156967), 1908: 4601274 (Zunahme gegen 1907: 9051), 1909: 4678952 (Zunahme gegen 1908: 77678), 1910: 4905921 (Zunahme gegen 1909: 226969), 1911: 5181348 (Zunahme gegen 1910: 275427), 1912: 5474606 (Zunahme gegen 1911: 293257). Von den genannten Jahren war also auch die absolute Steigerung der Beschäftigtenziffer gegenüber dem Vorjahre im Jahre 1912 weitaus am stärksten.

Ähnliche Ergebnisse wie die Erhebungen über die Mitgliederbewegung in den Krankenkassen zeitigte die Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise. In den einzelnen Monaten 1912 war die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend höher als in den entsprechenden Monaten 1911. Am stärksten war die Zunahme an offenen Stellen im Februar; aber auch im Oktober ging die Steigerung der Nachfrage noch weit über das gewohnte Maß hinaus. Im ganzen betrug die Zahl der offenen Stellen bei den »Reichsarbeitsblatt« berichtenden Arbeitsnachweisen im Jahre 1912: 3952000, gegen 3564000 im Jahre 1911, 2754000 im Jahre 1910, 2207000 im Jahre 1909, 1995000 im Jahre 1908 und 2320000 im Jahre 1907. Die Mehrnachfrage nach Arbeitskräften betrug also 1912 gegen das Vorjahr 388000 oder annähernd 11 Prozent.

Aber auch das Angebot von Arbeitskräften ist in den Jahren 1911 und 1912 aus den schon erwähnten Gründen in einem Tempo gewachsen, wie sonst eigentlich nur in den Krisenjahren zu beobachten war. Es betrug 1907: 2588000, 1908: 3119000, 1909: 3117000, 1910: 4421000, 1911: 4992000, 1912: 5566000 und war demnach im Jahre 1912 um 574000 oder um 11 1/2 Proz. höher als im Vorjahre. Der Umstand, daß das Angebot von Arbeitskräften sowohl absolut als relativ beträchtlich mehr gestiegen ist als die Nachfrage, deutet auf eine ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes im Ganzen hin.

Zuverlässige Schlußfolgerungen auf die Lage des Arbeitsmarktes sind natürlich nur möglich, wenn aus dem Verhältnis der Nachfrage- und Angebotsziffern der Andrang zum Arbeitsmarkt berechnet wird. Dieser gibt das sicherste Kennzeichen für die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes, weshalb hier nur die diesen Andrang betreffenden Ziffern wiedergegeben seien. Der Statistiker der Generalkommission berechnete aus den Zahlen über Angebot und Nachfrage in bezug auf den Andrang in den einzelnen Monaten folgende Indexziffern:

Monat	1911	1912	Spannung gegen 1911
Januar	166,24	167,29	+ 1,05
Februar	165,30	152,35	- 12,95
März	133,63	128,45	- 5,18
April	126,10	135,03	+ 8,93
Mai	128,70	139,42	+ 10,72
Juni	131,31	135,24	+ 3,93
Juli	129,61	130,28	+ 0,67
August	129,53	132,79	+ 3,26
September	122,16	128,57	+ 6,41
Oktober	143,53	137,74	- 5,79
November	171,08	161,97	- 9,11
Dezember	167,74	159,92	- 7,82

Die Tabelle bestätigt den aus dem Überwiegen der Angebotssteigerung über die Steigerung der Nachfrage gezogenen Schluß, daß sich der Arbeitsmarkt im allgemeinen im Jahre 1912 gegen das Vorjahr ungünstiger gestaltet hat. Nur in den Monaten Februar, März, Oktober, November, Dezember des Jahres 1912 war der Andrang niedriger als in den entsprechenden Monaten 1911, während er in der ganzen übrigen Zeit stärker war. Diese ungünstigere Gestaltung erfolgte hauptsächlich auf Kosten der weiblichen Arbeitskräfte, während sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt für die männlichen Arbeitssuchenden erfreulicherweise weniger ungünstig entwickelte. Die Spannung gegen 1911 betrug nämlich für männliche Personen im

Januar	+ 3,43	Mal	+ 9,40	Septbr.	+ 8,46
Februar	- 32,56	Juni	- 0,32	Oktober	- 4,56
März	- 11,43	Juli	- 0,84	Novbr.	- 9,31
April	+ 7,27	August	+ 3,77	Dezbr.	- 8,82

Hier weisen also nur vier Monate eine Steigerung des Andrangs über die Steigerung der Nachfrage hinaus gegenüber dem Vorjahre auf. Dagegen entwickelte sich die Spannung gegen 1911 für weibliche Personen wie folgt:

Januar	+ 9,09	Mal	+ 14,16	Septbr.	- 0,90
Februar	+ 7,97	Juni	+ 15,75	Oktober	- 9,18
März	+ 7,71	Juli	+ 5,79	Novbr.	- 9,78
April	+ 12,47	August	+ 1,77	Dezbr.	- 5,09

Grade am Arbeitsmarkt für Weibliche kommt die oben erwähnte verstärkte Abwanderung vom platten Lande nach den Städten recht deutlich in einer Zunahme des Andrangs am Arbeitsmarkt zum Ausdruck.

Auf die Statistik über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden bleibt diese verstärkte Zuwanderung ländlicher, meist weiblicher Arbeitskräfte, die so gut wie gar nicht organisiert waren, ohne nennenswerten Einfluß. Diese Statistik liefert daher ein günstigeres Bild von der allgemeinen Lage als die Erhebungen, die sich auf die Gesamtheit der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Unorganisierten erstrecken. Sie gibt besonders über die Bewegung der Arbeitslosigkeit wertvolle Aufschlüsse. Darnach bezifferten sich am Ende der einzelnen Monate die Zahlen der in die Zählungen einbezogenen Arbeiter und der Arbeitslosen in absoluten Ziffern während der Jahre 1911 und 1912 wie folgt:

Ende des Monats	1911		1912	
	Anzahl der in die Zählungen einbezogenen	Davon waren arbeitslos	Anzahl der in die Zählungen einbezogenen	Davon waren arbeitslos
Januar	1743974	44426	1936948	56644
Februar	1743974	38724	1890611	48937
März	1743974	32000	1919012	27483
April	1894765	25321	1893593	32451
Mal	1894765	28018	1951871	36479
Juni	1894765	29770	2053767	38136
Juli	1766444	28735	1952249	34813
August	1795198	33157	1948702	33106
September	1914210	32285	2081333	31582
Oktober	1848650	28585	2055903	34808
November	1853832	31286	2069216	38240
Dezember	1974694	47196	2099542	59472

Von je 100 in die Zählung einbezogenen Arbeitern waren demnach arbeitslos:

Ende des Monats	1911	1912	1912 mehr oder weniger als 1911
Januar	2,6	2,9	+ 0,3
Februar	2,2	2,6	+ 0,4
März	1,9	1,6	- 0,3
April	1,8	1,7	- 0,1
Mal	1,6	1,9	+ 0,3
Juni	1,6	1,7	+ 0,1
Juli	1,6	1,8	+ 0,2
August	1,8	1,7	- 0,1
September	1,7	1,5	- 0,2
Oktober	1,5	1,7	+ 0,2
November	1,7	1,8	+ 0,1
Dezember	2,4	2,8	+ 0,4

Obwohl also die Statistik über die Arbeitslosigkeit ein etwas günstigeres Bild liefert als die Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise, so bleibt es doch im Jahre 1912 noch beträchtlich hinter dem erfreulichen Bilde, das die Statistik für 1911 bot, zurück. In acht Monaten des Berichtsjahres war die Arbeitslosigkeit größer als in den entsprechenden Vorjahrsmonaten. Die höchsten Prozentziffern weisen die Monate Januar 1912 mit 2,9 und Dezember 1912 mit 2,8 auf. Derartig hohe Grade von Arbeitslosigkeit waren weder im Jahre 1911 noch 1910 zu verzeichnen.

Man kann aus diesen statistischen Beobachtungen der Entwicklung des Arbeitsmarktes den Schluß ziehen, daß die wirtschaftliche Entwicklung ihren Höhepunkt bereits wieder erreicht und in mancher Beziehung schon überschritten hat. Zweifellos hat der Balkankrieg zu dieser ungünstigeren Gestaltung der Wirtschaftslage in Deutschland sehr viel beigetragen. Möchte sich die Hoffnung verwirklichen, daß sich nach dem Friedensschluß und der daraus folgenden ruhigeren Gestaltung der politischen Lage auch die wirtschaftliche Entwicklung wieder günstiger gestaltet oder wenigstens noch eine Zeitlang auf der Höhe bleibt, die sie im Jahre 1911 erreichte.

Die kapitalistische Fabrik, „konstitution“ als Feigenblatt des Absolutismus.

Der »freisinnige« Jalousie- und Holzplasterfabrikant Freese hat vor 3 Jahren ein Buch über »die konstitutionelle Fabrik« geschrieben, das auch in der Arbeiterpresse vielfach besprochen worden ist. Die teilweise Einführung des Achtstundentages wurde natürlich begrüßt. Über die Gründe der Einführung sagte Freese selbst:

»Mich leitete aber keine Schwärmerei für die bekannte Forderung einer Dreiteilung des Tages in Arbeit, Erholung und Schlaf; womit mancher Arbeitgeber, wenn sie ihm bewilligt würde, sehr zufrieden sein würde. Ich hoffte durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Kosten für den Maschinenbetrieb, die Beleuchtung und Heizung zu vermindern und durch Gewöhnung der Arbeiter an eine bessere Zeitausnutzung die Leistungsfähigkeit der Fabrik zu erhöhen.«

Also lagen bei Freese dieselben egoistisch-geschäftlichen Gründe bei der Einführung des Achtstundentages vor, die auch die größten Scharfmacher sogenannte Wohlfahrtsvereine schaffen lassen.

Freese verbreitete sich in seinem Buche aber weiter mit vieler Wichtigtuerei über mancherlei Schnickschnack, den er »konstitutionelles Fabrikssystem« nennt. Daß der Fabrikausschuß bei Straten, bei der Änderung der Arbeitsordnung und dergleichen mitwirken, kann für die Arbeiter Gutes im Gefolge haben, wenn der Ausschuß wirklich unabhängig vom Unternehmer ist. Das ist schon sehr selten der Fall, vor allem dann kaum, wenn keine starke Gewerkschaft dahinter steht. Der »liberale« Fabrikant hat aber auch viele Marotten, die lächerlich wirken. So wird in dem Buche von der »konstitutionellen Fabrik« der »gemeinschaftliche Bierverkauf« der Arbeiter in einem besonderen Kapitel ausführlich behandelt, ferner Erfolg und Mißerfolg von »Fabrikfesten«. Auch »Diplome« als »Dienstauszeichnungen« hat Freese eingeführt. Dabei wäre fast der Staat in Gefahr gekommen: Von der Polizeibehörde wurde bald »nach Bekanntwerden des Vorgangs Erkundigung darüber eingezogen«, »ob das Fabrikkreuz auch nicht mit staatlichen Orden oder Ehrenzeichen verwechselt werden könne«. »Es ergab sich«, wie Freese ernst und gewichtig versichert, »daß dies nicht der Fall war. Es wurde dabei besonders die Vorschrift, daß die Fabrikkreuze an der Uhrkette zu tragen sind, als ausreichend anerkannt.« Heli dieser »konstitutionellen« Fabrik!

Daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht über die platten »konstitutionellen« Weisheiten Freeses auf dem Baude rutschte, daß vielmehr der Firtelanz und die ornamentale Spielerei des »freisinnigen« Fabrikanten in Zeitungen und Zeitschriften derb zerzaust wurde, ist sehr übel aufgenommen worden. Hatte Freese schon bei seiner »Konstitution« alle eigentlichen Betriebs- und Verwaltungskosten der Mitwirkung seines »Parlaments« fein säuberlich entzogen, so paßte es ihm auch nicht, als die Gewerkschaften dem Fabrikausschuß als Rückenstärkung dienten. Und es begab sich, daß Freese nicht einmal einen Tarif mit der Gewerkschaft abschließen wollte, der von anderen Fabrikanten angenommen wurde. So kam es denn zum Arbeitskampf.

Über diese Vorgänge greift nun Freese in einem vor kurzem bei Gustav Fischer in Jena herausgegebenen neuen kleinen Schriftchen gar jämmerlich. »Der freie Werkvertrag und seine Gegner« ist die neue Schrift genannt worden, die im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegten Unterschiede zwischen Werk- und Dienstvertrag kennt Freese anscheinend nicht. In seiner Klagefahne hält der Unternehmer wohl immer noch an seinen »konstitutionellen« Liebhabe-reien fest, mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern will er aber rein gar nichts mehr zu tun haben. Ja, der »konstitutionelle Monarch« warf sogar unorganisierte Arbeiter aus seinem Heiligtum hinaus, als sie an der Malfiere teilnahmen!! Und der »liberale« Fabrikant entpuppte sich überhaupt als ein grundsätzlicher Gewerkschaftsfeind erster Güte. Man

höre nur Freese bei der Belobung der »Wohlfahrts-einrichtung«:

»Es fällt dabei sehr in die Wagschale, daß Wohlfahrtskassen, die der Arbeitgeber durch Beiträge unterstützt, den Arbeitern viel mehr bieten können, als die gleichartigen Kassen der Gewerkschaften. Die Fabrikanten haben nicht große Summen für Ausstände im In- und Auslande aufzuwenden. Sie haben nicht ein Heer von Agitatoren und Beamten zu unterhalten, denen für die Verwaltung jede Schulung fehlt. Arbeiter, die von ihrer Gewerkschaft für 1 Mark Wochenbeitrag 3 bis 6 Mark wöchentlich Krankengeld erhalten, erhalten von der Unterstützungskasse meiner Fabrik 10 bis 15 Mark wöchentlich und haben dafür nur 20—30 Pig. wöchentlich zu entrichten.«

Also kommt auch der Barbar und das Nichtswissen zum Vorschein, wenn man den »liberalen« Fabrikanten kratzt!

Nicht einmal bei der Entscheidung von Arbeiterentlassungen will Freese sein »Parlament« mitwirken lassen und er fragt selbst, ob man dann noch berechtigt sei, »von einer konstitutionellen Fabrik zu sprechen«. Freese »glaubt«, daß man dies könne. Er wähnt seinen Absolutismus mit dem Hinweis darauf aus der Welt schaffen zu können, daß die Fragen der auswärtigen Politik »auch im konstitutionellen Staate dem Einfluß der Parlamente nur in beschränktem Maße unterworfen« seien. Diese Beweisführung steht auf gleicher Höhe mit der Verteidigung des Spitzbuben, der vor Gericht erklärte, anderwärts werde auch gestohlen!

Auch die von den Gewerkschaften einberufenen Fabrikbesprechungen finden keine Gnade vor den Augen unseres konstitutionellen Mustermonarchen, es heißt darüber:

»Die Gewerkschaften überschreiten aber ihre Befugnisse, wenn sie Versammlungen einberufen, die nur aus Mitgliedern eines Betriebes bestehen und sich dann in alle Einzelheiten des Betriebes einzumischen suchen.«

In einem Kapitel »Freunde und Gegner« sammelt Freese zuerst die lobenden Besprechungen liberaler Blätter. Er erwähnt, daß ihm ein Herr Goldbeck sogen. wenn er König von Preußen gewesen wäre, den Orden pour le merite habe verliehen wollen, was »leider« nicht der Fall gewesen sei. Dann aber beklagt sich Freese über die Beurteilung seines Buches von der »konstitutionellen Fabrik« durch die »Holzpresse«; das Korrespondenzblatt der Generalkommission, die Dortmund Arbeiter-Zeitung, die Neue Zeit, die Bremer Bürgerzeitung, der Vorwärts, die Holzarbeiter-Zeitung, das Hamburger Echo werden erwähnt, besser kommen nur die Sozialistischen Monatshefte weg.

Bei der Schilderung des Kampfes mit den Gewerkschaften spricht Freese von »schweren Zeiten«, die er »durchgemacht« habe. Er ist nun zu der Ansicht gekommen, daß konstitutionelle Einrichtungen, wie er sie empfiehlt, »niemals mit der Sozialdemokratie, sondern nur gegen sie durchgeführt werden« könnten. Freese erklärt weiter, daß er sich getäuscht, als er angenommen habe, die Sozialdemokratie werde seine »Versuche« ernst nehmen, obson die »Führer« doch oft darauf hingewiesen hätten, »daß die heutige Gesellschaft langsam in neue Formen hineinwachsen werde.« Nun tröstet sich der so bitter Gekehrte damit, daß es noch — Kriegervereine und Geibe und daneben »christliche« und Hirsch-Dunkersche Arbeiter gebe. Aber auch diese »Rosen« sind nicht einmal ohne Dornen: Der christliche Holzarbeiter in Köln hat manches an dem mehr wie fragwürdigen »Parlamentarismus« Freeses auszu-setzen. Und der Haß gegen die freien Gewerkschaften ist so kramphast historisch gesteigert worden, daß Freese bei den Hirsch-Dunkerschen das Zusammengehen mit dem »alten« Verband bei dem letzten Bergarbeiterstreik »bedauert« und er-wartet, daß es »hoffentlich das letzte« gewesen ist!

Am Schlusse seiner humoristisch wirkenden Epistel bedauert Freese die Unternehmer, Dämme gegen die »rote Flut« zu errichten:

»Die Arbeitgeber müssen in dieser Hinsicht viel mehr tun, als es bis jetzt geschehen ist. Sie können den Arbeitern, die Soldat gewesen sind, durch Übernahme der Eintrittsgelder den Eintritt in die Kriegervereine erleichtern. Sie können die Kriegervereine, die vaterländischen Arbeitervereine, die deutschen Gewerksvereine und die christlich-nationalen Gewerkschaften durch Bevorzugung ihrer Arbeitsnachweise unterstützen. Sie können die Fachblätter dieser Vereine halten und diese wie ihre Werbdrucksachen der Arbeiterschaft in Leseräumen zugänglich machen. Sie können die Jugendorganisationen des Pfadfinderbundes und andere durch Übernahme der Kosten der Ausrüstung fördern und damit für einen körperlich und seelisch gesunden Nachwuchs sorgen.«

Sold »prächtig« vermischter Nachwuchs, und »der konstitutionellen Fabrik wird dann die Zukunft gehören!« Sei! Amen!

Damit ist nun also die »konstitutionelle Fabrik« Freeses auf den Kriegerverein und auf den Hund gekommen! Wie die sozialdemokratischen Arbeiter nach dem Jargon der sogenannten bürgerlichen Parteien den Parlamentarismus »gefährden«, wenn sie gegen den Willen der Herrschenden von ihm Gebrauch machen, so »gefährden« die Arbeiter auch die konstitutionelle Fabrik Freeses, wenn sie in ihr was zu sagen haben wollen!

Es gibt doch komische Kauze.

wh.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Der Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe 1911.

Im Hauptteil der vorliegenden Nummer unseres Blattes haben wir auf Grund der dritten statistischen Beilage des »Korrespondenzblattes« ein Bild von der Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes in seiner Gesamtheit während des verflossenen Jahres gegeben, das zwar im Vergleich zum Jahre 1911 nicht befriedigend kann, das aber doch zu ersten Besorgnissen noch keinen Anlaß gibt. Nun bringt aber die Statistik der Generalkommission, die auf Grund der Mitgliederbewegung in den Krankenkassen, der Erhebungen der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Arbeitslosenzählungen der Fachverbände bearbeitet worden ist, nach den Darlegungen über die Entwicklung des Arbeitsnachweises im allgemeinen auch spezialisierte Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen, soweit solche Angaben auf Grund der Arbeitslosenzählungen der Fachverbände möglich sind. Die Entwicklung, die aus dieser Statistik bezüglich des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe zu erkennen ist, bleibt nun noch weit hinter der Entwicklung des Arbeitsmarktes im allgemeinen zurück. Sie bestätigt die Behauptungen von dem Rückgange großer Zweige des graphischen Gewerbes, besonders soweit Lithographie und Steindruck in Frage kommen, und eröffnet für die Arbeiter dieses Gewerbes recht betrübende Aussichten. Alle Versuche der Unternehmer unseres Gewerbes und ihrer Presse, die Verhältnisse zu beschönigen und glauben zu machen, daß die Lithographie und der Steindruck noch eine aussichtsreiche Zukunft hätten, werden durch die Ergebnisse der Statistik auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe während des Jahres 1912 wird in der Statistik der Generalkommission folgendes gesagt:

Einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit stand im Berichtsjahre eine Steigerung des Angebots am Arbeitsmarkte gegenüber. Infolgedessen erhöhte sich die An drangsziffer im Jahresdurchschnitt von 138,24 auf 151,60. Die ungünstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage trat besonders deutlich hervor in den Monaten April, Juni bis Oktober und Dezember 1912.

Arbeitsnachweise:

Jahr und Monat	Arbeits-suchende		Offene Stellen		Auf je 100 offene Stell. kamen Arbeits-suchende.
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
1911					
Januar	6046	926	4038	860	124,34
Februar	5735	967	4163	1035	128,93
März	6439	1012	5157	1113	118,99
April	5776	606	4202	831	126,80
Mal	5195	899	3316	987	141,62
Juni	5696	852	3580	915	145,67
Juli	5569	879	2902	1020	168,99
August	5735	1126	3237	1221	153,90
September	6760	915	4456	1086	138,49
Oktober	6914	1067	4762	1083	136,54
November	7097	914	4925	877	138,07
Dezember	6393	694	4606	545	137,58
Ganzes Jahr	73355	10857	49344	11573	138,24
1912					
Januar	6089	1120	4416	926	134,95
Februar	6982	997	4945	1064	132,78
März	7106	994	5365	1072	125,83
April	6152	847	3825	883	148,66
Mal	5832	836	3381	806	159,25
Juni	5711	867	2954	822	174,21
Juli	5468	1017	2367	1049	189,84
August	6226	1036	3083	1019	177,12
September	7132	1071	3875	1076	165,68
Oktober	7212	1120	4566	1181	144,98
November	7148	958	4965	849	139,42
Dezember	6436	627	3699	510	167,81
Ganzes Jahr	77494	11490	47439	11257	151,60

Die Arbeitslosigkeit war vom Monat März 1913 ab dauernd wesentlich größer als im Vorjahre. Sie erreichte ihren höchsten Stand mit 6,0 Prozent im September 1912, am geringsten war sie mit 2,3 Proz. im Monat April.

Arbeitslosigkeit:

Monat	Zahl der berich-tenden Mitglieder		Zahl der Arbeitslosen Ende des Monats			
	1911	1912	insgesamt		in Prozent der Mitglieder	
			1911	1912	1911	1912
Januar		100 424	3109	3143	3,2	3,1
Februar		100 205	2638	2684	2,7	2,7
März	95 905	100 826	2037	2587	2,1	2,6
April		100 524	1819	2290	2,1	2,3
Mal	90 551	98 666	2092	3043	2,3	3,1
Juni	99 286	100 123	3584	3946	3,6	3,9
Juli	99 183	98 312	3076	5174	3,1	5,3
August	99 219	98 211	3742	5324	3,8	5,4
Septbr.	100 630	102 068	5123	6120	5,1	6,0
Oktober	98 833	100 137	3977	5186	4,0	5,2
Novbr.	100 690	102 552	2777	3546	2,8	3,5
Dezbr.	102 210	99 277	3696	4249	3,6	4,3

Daß die aus diesen Zusammenstellungen erkennbare beträchtliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe während des vorigen Jahres hauptsächlich auf die ständig steigende Verringerung der Arbeitsgelegenheit im Lithographie- und Steindruckgewerbe zurückzuführen ist, dafür liefert folgende, auf Grund der Angaben des »Korrespondenzblattes« zusammengestellte und durch die Zahlen des »Reichsarbeitsblattes« ergänzte Tabelle einen sprechenden Beweis:

Jahr und Quartal	Mit-glieder-zahl	Gesamtzahl der Arbeits-losenfälle	Arbeitslosen-tage		Arbeitslosen-fälle auf je 100 Mitglieder	
			insge-samt	pro Fall	bei uns	allge-mein
1911. I. Qu.	17218	1993	49345	24,8	11,6	9,1
„ II. „	17043	1873	33660	18,0	11,0	6,6
„ III. „	17205	3055	46678	15,3	17,8	7,1
„ VI. „	17310	2034	37854	18,6	11,8	7,0
Durchschnitt	17194	2239	41884	19,0	13,0	7,4
1912. I. Qu.	17019	2243	43863	19,6	13,2	9,0
„ II. „	17038	2351	54894	23,4	13,8	6,9
„ III. „	16873	2493	37941	15,2	14,8	6,8
„ VI. „	16839	2164	34862	16,1	12,9	7,4
Durchschnitt	16942	2313	42890	18,5	13,65	7,5

Diese Gegenüberstellung läßt erkennen, daß die Zahl der Arbeitslosenfälle, die unser Verband zu verzeichnen hatte, im Jahre 1912 gegenüber dem Jahre 1911 ganz beträchtlich stieg. Das tritt noch deutlicher hervor, wenn an die Stelle der Quartalsdurchschnittsziffern der Jahre 1911 und 1912 die Gesamtjahressumme gesetzt wird; diese ergibt für 1911 8955, für 1912 aber 9251 Fälle von Arbeitslosigkeit und ist demnach um 296 gestiegen. Diese Steigerung wiegt um so schwerer, als die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1912 niedriger war als 1911, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß sehr viele Kollegen wegen dauernder Arbeitslosigkeit ihren erlernten Beruf und damit ihre Verbandsangehörigkeit aufgaben. Die größere Zahl der Arbeitslosenfälle verteilt sich also 1912 auf eine geringere Personenzahl, sodaß weit mehr unserer Mitglieder von Arbeitslosigkeit betroffen wurden als 1911. Das läßt auch ein Vergleich der auf je 100 Mitglieder entfallenden Fälle von Arbeitslosigkeit erkennen, deren Zahl in unserem Verbands von 13,00 auf 13,65 stieg, während sie sich in der Gesamtheit der deutschen Fachverbände nur von 7,4 auf 7,5 erhöhte. Obwohl die absolute, auf die Gesamtheit unserer Verbandsmitglieder zu verteilende Zahl der Arbeitslosentage ebenfalls ganz beträchtlich, und zwar um 1006, gestiegen ist, ist infolge der prozentual größeren Vermehrung der Arbeitslosenfälle die Zahl der Arbeitslosentage, die auf jeden Fall von Arbeitslosigkeit kommt, etwas gesunken. Das ist allerdings ein schwacher Trost, der ganz versagt, wenn wir uns auch hier an Stelle der Quartalsdurchschnittsziffern die Gesamtjahres-summe der Arbeitslosentage betrachten. Diese betrug 1911 167537, 1912 aber 171560; sie war also im vergangenen Jahre um 4023 Tage höher als 1911!

Diese Zahlen liefern den Beweis für die Behauptung, daß die Lage des Lithographie- und Steindruckgewerbes den schwerwiegendsten Einfluß auf die ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe während des Jahres 1912 ausgeübt hat. Sie zeigen aber auch das erschreckende Maß von Gewissen-slosigkeit, mit der man von gewisser Seite der

Öffentlichkeit vorzuläuschen versucht, unser Gewerbe biete den jungen Leuten, die den Beruf erlernen, glänzende Aussichten für die Zukunft. Durch die Arbeitsmarktstatistik wird dieser frivole Schwindel recht drastisch beleuchtet.

Zur Generalversammlung.

III.

Es ist verständlich, daß bei jeder Generalver-sammlung jeder Delegierte seine Meinung sagen will. Auch haben viele Delegierte bestimmte An-träge und Wünsche ihrer Mandatgeber zu vertreten. Soweit dies geschehen soll und muß, kann kein Mensch etwas gegen die Wortmeldung eines Ver-treterers haben. Mitunter ist aber auch die Beobachtung zu machen, daß ein oder der andere Vertreter gar nichts wesentliches oder neues mehr zu sagen hat, also nur Wiederholungen vorbringt. Dadurch kann es vorkommen, daß die Zeit der Generalversamm-lung unnötig in Anspruch genommen wird und schließlich oft wichtigere Fragen flüchtig behandelt werden müssen. Denn sobald die Debatte auf ein gewisses Niveau sinkt, wird auch Schluß der Debatte beantragt. Dadurch ist es dann einem ganzen Teil einzelndehner Redner nicht mehr möglich, die Meinung zu sagen. Es kommt also ein Teil an und für sich schon nicht zum Reden. Um aber die Mehrzahl der Delegierten zum Worte kommen zu lassen, haben die letzten General-versammlungen die Gepflogenheit geübt, nur 10 Minuten Redezeit in der Diskussion zu geben. Diese Tatsache bestätigt, daß an irgend einem Fleck gesagt werden soll. Jedem Einsichtigen ist auch klar, daß eine Generalversammlung nur eine beschränkte Dauer haben kann. Dies ist bedingt durch verschiedene Gründe, die hier wohl nicht ausgeführt zu werden brauchen. Die springende Frage ist die, ob mit diesen Zehnminutenreden richtig gespart und die Zeit ökonomisch ausgenützt wird, oder ob noch andere Wege mit denselben Mitteln zu einem besseren Ziele führen.

Dazu möchte ich nachstehenden Vorschlag machen:

Es ist möglich, die Rednerliste zu kürzen, wenn die einzelnen Gänge zu bestimmten Punkten be-stimmte Redner ernennen. Auf den jetzt überall stattfindenden Gantagen lernen die einzelnen Dele-gierten die Stimmung und Meinung innerhalb des Ganges kennen. Dadurch können sie diese Meinung in bestimmter, präziser Form der Generalversamm-lung zum Vortrag bringen. Auf diese Art und Weise bleibt die Diskussion auf einer gewissen Höhe. Denn die Kirchturnsantsichten werden in den Hinter-ground gedrängt. Die Aussprache wird zweifellos inhaltreicher, trotz geringerer Rednerzahl. Damit wird der Wert der Generalversammlung gesteigert. Und das ist doch die Hauptsache. Wenn auch die größeren Gänge 2 Redner ins Feld schicken würden, so würde doch die Zahl der Redner an sich von ungefähr 50 auf 15 bis 20 reduziert.

Vielleicht liegt der Gedanke nahe, daß die Verbandsangestellten zu sehr die Generalversammlung beherrschen würden. Das ist nicht zu befürchten. Denn diese haben ja auf den eingeführten Konfe-renzen viel mehr Gelegenheit, ihre Meinung sagen zu können. Auch darf bemerkt werden, daß von dieser Seite zum Teil schon seither eine gewisse Reserve beobachtet worden ist, so daß sich nach allen Richtungen hin nur Vorteile für die Allgemeinheit aus meinem Vorschlag ergeben würden. Prinzipielle Bedenken sind nicht zu erheben, denn das Vertretungssystem dringt bekanntlich immer mehr durch. Auch liegt es in der Generalversammlung selber verankert. Es ist also nichts anderes als ein Vereinfachungsverfahren, das die Möglichkeit geben soll, mehr als seither die Gesamtheit zum Worte kommen zu lassen, während es bis dato mitunter ein Glücksstand genannt werden konnte, wenn einer zum Worte kam.

Vielleicht nehmen schon einige Gantage Stellung zu diesem Vorschlag und ziehen die praktischen Konsequenzen daraus. O. o.

IV.

Die feststehende, nicht zu widerlegende Erkenntnis, daß wir Arbeiter als Einzelne stets der Macht und Willkür der Stärkeren, der Unternehmer, ohne Unterschied des Standes preisgegeben sind, war es, die einzig und allein zum Zusammenschluß der ausgebeuteten Menschen führte. Der Beweis ist zur Genüge durch die kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften erbracht, daß dieser Zu-sammenschluß zu großen Organisationen der rich-tigen Weg zu jeder weiteren Besserstellung unserer Klasse bisher sowie später ist. Diesem Aufmarsch stellen sich natürlicherweise mancherlei Hindernisse in den Weg, an deren Beseitigung mit aller Kraft gearbeitet werden muß, denn Stillstand bedeutet immer Rückschritt. Diesen Befreiungskampf sollten alle Arbeiter einig kämpfen.

Lieder ist es Tatsache und geradezu unbegrifflich, daß es auch bei uns Kollegen gibt, die dem Zuge der Zeit nicht folgen und entweder abseits stehen, oder scheinbar interessellos ihre wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag sich verschlechtern sehen, ohne darüber nachzudenken, wie eine Besserung erreichbar ist. Befriedigender finde ich die Meinung derjenigen Kollegen, welche sagen: »Unsere heutigen Machtverhältnisse stehen im Gegensatz zu der Macht unserer Gegner auf schwachen Füßen.«

Wollen wir aber ernstlich eine Kampforganisation bleiben, so müssen wir jede sich bietende Gelegenheit zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausnutzen.

Als eins der erstrebenswertesten Ziele unseres Verbandes betrachte ich die Förderung des Zusammenschlusses aller graphischen Verbände. Allein schon der vor Kurzem erfolgte engere Zusammenschluß der beiden zentralen Unternehmerorganisationen zu einem einheitlichen Ganzen müßte uns eine Lehre sein, daß sich die Arbeiter gleichfalls zu großen und leistungsfähigen Verbänden zusammenschließen müssen, um den Schatz der Unternehmer zu parieren.

Der Antrag Hannover bezweckt die Gründung eines graphischen Industrieverbandes auf föderativer Grundlage, aber nur mit Beteiligung der Buchdrucker. Lehnen die Buchdrucker einen derartigen Zusammenschluß ab, dann würde diese Frage in den nächsten drei Jahren, also bis zu den späteren Generalversammlungen der graphischen Verbände, nicht mehr das notwendige Interesse finden. Daß die Möglichkeit einer Ablehnung sehr nahe liegt, ist nicht von der Hand zu weisen, denn ohne jeden Zweifel sind die Buchdrucker organisatorisch, finanziell und wirtschaftlich besser und günstiger gestellt als wir und darum wird es uns aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gelingen, sie jetzt schon ganz von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu überzeugen.

Eine Hinausschiebung dieser brennenden Frage darf aber unter keinen Umständen stattfinden. In diesem Falle sind wir gezwungen, den Zusammenschluß ohne die Buchdrucker anzubahnen, und was liegt näher, als daß wir — nächst den Buchdruckern die bestorganisierte graphische Gewerkschaft — mit den Buchbindern, Druckerei-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen den Zusammenschluß schaffen müssen, aber auf zentraler Grundlage! Wer nun glaubt, daß wir dadurch keine Vorteile, sondern eher Nachteile haben würden, wird sich wohl eines Besseren belehren lassen. Kassentechnische Schwierigkeiten sind augenblicklich leichter zu überwinden als später. Verschiedene Beitragsklassen, werden nie zu vermeiden sein, aber organisatorisch und agitatorisch würden sich ganz andere Perspektiven eröffnen und geradezu verblüffende Resultate könnten bei einigem Ernst und gutem Willen erzielt werden. Festere, bestimmtere Grundlagen könnten zur Durchführung gelangen; das Vertrauensmännersystem, die Beitragszahlung, Fachblätter, Versammlungen usw. würden einheitlich zu regeln sein. Das Pflichtgefühl käme jedem Einzelnen mehr zum Bewußtsein, mit einem Wort: der Machtenfallung und Ausdehnungsmöglichkeit des ganzen graphischen Berufes wäre keine Grenze gezogen. Einem solchen graphischen Industrieverband gegenüber können sich die Buchdrucker nicht länger ablehnend verhalten, und bei ihrer nächsten Generalversammlung würden sich mehr Freunde eines Zusammenschlusses finden, als es heute noch leider der Fall ist.

Daß die fortgeschrittene Technik schon längst nach einem Zusammenschluß drängt, braucht hier wohl nicht erörtert zu werden. Der Gründung eines graphischen Industrieverbandes auf geschlossener Grundlage ohne die Buchdrucker können keine großen Nachteile im Wege stehen, denn die letzten Jahre lehrten doch, daß wir getrennt nimmermehr mit einem aussichtsreichen Kampf rechnen können. Darum dürfen wir den Zusammenschluß nicht noch länger hinausschieben, vielmehr sollte jeder mit Freude und Stolz dazu beitragen, der Erreichung dieses Zieles die Wege eben zu helfen. Sämtliche Zahlstellen sollten sich daher die eingehende Erörterung dieser wichtigen Berufsfrage bis zur kommenden Stuttgarter Generalversammlung sehr angelegen sein lassen.

B., Barmen.

Herr Heiß auf Reisen.

Herr Heiß, Mitinhaber der Firma Heiß & Co. in Cöln-Sültz, sucht neue Arbeitskräfte. Um diese ganz sicher zu bekommen, fährt er nach den verschiedensten Städten. Vor allen Dingen benötigt die Firma jetzt einen Atzer für Tiefdruck. Denn die neu eingerichtete Abteilung steht still, weil ein solcher fehlt. Daran ist aber nur der Umstand schuld, daß die Firma nur NV. brauchen kann. Erst wenn sie diese Marke nicht bekommt, sind auch organisierte Gehilfen gut genug. Ganz besonders müssen Abteilungsvorsteher unorganisiert sein. Und da die Firma einen erheblichen Verbrauch an solchen hat, so muß sie sich damit helfen, daß sie dann und wann einen älteren Gehilfen zum Oberstempel. Dabel ist Austritt aus dem Verbandsbedingung.

Die Firma hat eine heilige Scheu vor der Organisation! Der Grund liegt wohl darin, daß vor drei Jahren bei der Firma die achtstündige Arbeitszeit der Lithographen durch Streik eingeführt worden ist. In Güte war sie nicht dazu zu bewegen. Denn sie vertritt den absoluten Herrenstandpunkt. Wir machen in unserer Anstalt, was wir wollen! erklärte erst vor wenigen Tagen einer der beiden Chefs dem Gehilfenvertreter. Dabel handelte es sich nur um eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit der Lichtdrucker. Daseinigen Standpunkt nimmt die Firma gegenüber der 53stündigen Arbeitszeit der Steindruckere ein, obwohl nur 2 Leute in Frage

kämen. Die Firma glaubt billiger zu produzieren, wenn sie eine etwas längere Arbeitszeit hat. Vielleicht braucht sie diese längere Arbeitszeit als Ausgleich für die teure Marke NV. Daß diese Marke meist minderwertig und deshalb teurer ist, hat die Firma jedenfalls eingesehen. Ein Blick in die verschiedenen Abteilungen, ganz besonders in Lithographie und Steindruck, muß es ihr lehren. Daß ein Betrieb, in dem ein ewiger Wechsel ist, nicht vorwärts kommen kann, ist eine alte Erfahrungstatsache. Das Benehmen der Geschäftsführung den Gehilfen gegenüber fördert den großen Wechsel. Selbst Abteilungsvorsteher, die jeden Morgen wie Unteroffiziere auf dem Kasernenhof vor ihrem Allgewaltigen Rapport geben müssen, werden trotz der Kontrakte nicht alt in der Firma. So sind erst in den letzten Tagen wieder zwei NV. ausgerückt, darunter einer, der trotz einjähriger Kontrakte schon nach vierteljähriger Tätigkeit die gastliche Stelle verließ. Er teilte der Firma von auswärtig noch lebenswürdigerweise mit, daß er wohl auch überflüssig gewesen sei, da ja Herr Heiß selber eine 20jährige Praxis (im Tiefdruck?) hinter sich habe und diese ihm ja sehr zu statten käme. So wird die Firma von den eigenen Gehilfen ironisiert.

Eins muß man der Firma lassen: sie läßt sich's etwas kosten! Die verschiedenen Reinfälle bei den verschiedensten Experimenten waren nicht billig, so daß es nicht Wunder nimmt, wenn Geldüberfluß nicht vorhanden ist. Denn so lukrative Überschüsse, daß man sich eine solche teure Spielerei mit Arbeitskräften auf die Dauer erlauben könnte, wirft das graphische Kunsthandwerk in der gegenwärtigen Zeit nicht ab. Es ist doch wirklich für die Firma hinausgeworfenes Geld, wenn sie einen Gehilfen, wie den Lichtdrucker Esser, der etwa 15 Jahre Organisationsmitglied ist, für die ganzen oder halben Beiträge, die er in die Organisation geleistet hat, auskauft. Oder leistet der Gehilfe jetzt mehr als früher? Wird an ihm jetzt mehr verdient? Sicherlich nicht!

Aus diesen Umständen ist es auch begreiflich, daß die Firma sich nach einem dritten Kompagnon umsieht. Ein solcher war sogar bereits gewonnen. Aber es scheint, als ob er innerhalb eines Monats, den er in der Anstalt war, eingesehen hat, daß sein Geld in seiner leinenen Tasche besser aufgehoben ist als in dem eisernen Geldschrank der Firma.

Die Anstalt, die vor wenigen Jahren noch eine schöne Entwicklung versprach, hat heute von zwei Tiefdruckpressen nur eine vorübergehend laufen, von 3 Steindruckschnellpressen gehen 2 abwechselungsweise, von 4 Lichtdruckpressen gehen 3. Von 14 Lithographen vor 3 Jahren sind heute noch 5 beschäftigt. 5 Posten sind augenblicklich unbesetzt. Daher geht Herr Heiß auf Reisen! Im vorletzten Winter haben die Lithographen 7 Wochen, im letzten 14 Wochen aussetzen müssen. Aus all dem Gesagten ist ersichtlich, wie sich die Firma zurückentwickelt.

Wir sind festestest davon überzeugt, daß auch diese Firma, die verhältnismäßig lange nicht zur Einsicht kommt, doch noch die Erfahrung sammelt, daß es viel billiger und besser ist, wenn man mit der Organisation im Frieden lebt. Wenn all das Gehirnschmalz, das jetzt zur Vernichtung der Organisation verbraucht wird, gespart und wenn die unnützen Reisen nach Arbeitskräften (wir wissen, daß sie unnütz waren!) unterbleiben würden, dann hätte die Firma viel mehr Gelegenheit, ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Geld in zweckentsprechender Weise verwenden zu können. Solange dies nicht der Fall ist und die Firma nicht einmal soviel Höflichkeit besitzt, auf ein höfliches Schreiben ihrer eigenen Gehilfen eine Antwort zu geben, solange müssen wir der deutschen Gehilfenschaft raten, der Firma das Vergnügen zu gönnen, Herr im eigenen Hause zu sein, und wenn sie auch am Schluß nur noch ganz allein darin wäre. Wir erwarten von den Kollegen, daß sie die noch offenen Stellen der NV. überlassen. Denn nur mit diesen und ohne uns ist die Firma von ihrem Wahn zu kurieren, wenn sie sich nicht schon vorher selber zugrunde gerichtet hat.

Ortsberichte.

Elberfeld. In unserer Versammlung vom 24. Mai, zu der sämtliche graphischen Verbände eingeladen waren, hielt Kollege Schnetter-Hannover einen Vortrag über Zweck und Ziele eines graphischen Industrieverbandes. Den Wert eines solchen Verbandes an Beispielen unseres letzten großen Kampfes zeigend, beleuchtete der Referent an verschiedenen Vorgängen in der graphischen Industrie, wie der Ruf nach dem Zusammenschluß der verschiedenen Verbände immer weitere Kreise erfasse. Der Zusammenschluß der Unternehmerverbände sei viel enger geworden als der der Gewerkschaften, sodaß der Zentralstelle der Unternehmerverbände eine bedeutend stärkere Macht innewohne als der Generalkommission der Gewerkschaften. Da ein Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation zur Zeit wegen der Verschiedenheit der einzelnen Verbände aus kassentechnischen und anderen Gründen abgelehnt wird, empfahl Kollege Schnetter den Zusammenschluß auf föderativer Grundlage, wie er in der bekannten Resolution der Hannoverischen Kollegen zum Ausdruck gebracht wird. Für die graphischen Arbeiter mache außerdem noch das Ineinandergreifen der einzelnen Berufe im

Produktionsprozeß den Zusammenschluß zur Notwendigkeit. In der Diskussion führte unser Gauleiter Kollege Bauknecht, der zu dieser Versammlung erschienen war, aus, der Zeitpunkt der Propagierung eines Zusammenschlusses der graphischen Verbände sei seines Erachtens sehr ungünstig gewählt. Angesichts der Kosten, die uns die letzte Bewegung verursacht, könnte schließlich die Meinung aufkommen, daß wir uns nach Hilfe umsehen müßten. Daher halte er es für unweckmäßig, daß unser Verband jetzt die Führerrolle in dieser Sache übernehmen solle. Er stehe zwar dem Gedanken sympathisch gegenüber, sei aber nur für einen vollständigen Zusammenschluß und nicht für einen auf föderativer Grundlage zu haben Kollege Schnetter zerstreute die Bedenken mit dem Hinweis darauf, daß niemand für unsern Verband ungünstige Schlüsse ziehen könne, wenn 1 1/2 Jahre nach dem Kampfe die Frage erneut zur Diskussion gestellt werde. Wenn die beteiligten Hauptvorstände sich nicht entschließen sollten, die entsprechenden Schritte zu einem Zusammenschluß zu unternehmen, so müßte der Ansporn hierzu aus den Reihen der Mitglieder kommen. Die andern Diskussionsredner, unter denen sich auch Vertreter der übrigen graphischen Verbände befanden, sprachen sich alle in zustimmendem Sinne zum Referat aus. Zum Schluß wurde den Kollegen die Resolution der Hannoverischen Kollegen zur Abstimmung vorgelegt, welche dann auch einstimmig angenommen wurde.

Frankfurt a. M. In unserer gemeinsamen Mitgliederversammlung vom 23. Mai, in der auch der Vorsitzende des Buchbinderverbandes anwesend war, referierte Kollege Schnellbacher-Hanau über die Schaffung einer graphischen Union. Dieses wichtige Thema hätte einen besseren Besuch verdient, aber es waren bedauerlicherweise nur ca. 50 Kollegen anwesend. Der Referent wies auf den Ausbau der Unternehmerorganisationen hin, die uns an Schlagfertigkeit sehr überlegen sind. Die Streiks von 1906 und 1911 hätten uns den Weg gezeigt wie wir künftig zu operieren hätten. Die Kollegen der vier graphischen Verbände müßten sich noch inniger als bisher zusammenschließen, dann werde der graphische Industrieverband auch bald zur Tatsache werden. Im Prinzip ist, man ja in den graphischen Verbänden für eine Einigung, aber aus kassentechnischen und verschiedenen anderen Gründen lasse sich die Sache noch nicht durchführen. In längerer Diskussion bekundeten sämtliche Redner ihre Zustimmung zu dem sachlichen Referat. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die heutige gemeinschaftliche Versammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere begrüßt nach Anhörung des Referats des Kollegen Schnellbacher die Anregung der Hannoverischen Kollegen auf Schaffung eines graphischen Bundes und erachtet es für unbedingt notwendig, daß die Vorstände der einzelnen graphischen Verbände, sowie auch deren Mitglieder dieser Lebensfrage des graphischen Gewerbes näher treten und Schritte herbeiführen, um die Schaffung dieses Bundes unter allen gegebenen Umständen, mit oder ohne Buchdrucker, sobald wie möglich zu erreichen.«

Der Lithograph.
 Tell für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler.
 Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Der goldne Boden des Lithographenhandwerks.

III.
 In dem Artikel des Dr. Genève über das Lehrlingswesen in der Industrie, der letztlich in der Deutschen Arbeitgeberzeitung erschien, hieß es ganz richtig, daß die Möglichkeit des Handwerks, in größerem Umfange Lehrlinge zu halten, vielfach abhängig sei von der Aussicht der jungen Leute, später besser bezahlte Stellen in der Industrie zu finden. Ohne diese Aussicht würden dem Handwerk schwerlich sovieler Lehrlinge zulaufen und sich der Ungewissheit, in ihm ein Fortkommen zu finden, aussetzen. Wir sehen, daß auch hierin die Lithographie eine andre Stellung einnimmt als alle übrigen Handwerke. Dem Lithographenhandwerk strömen dennoch große Massen von Lehrlingen zu, obwohl diese hier gar keine Aussicht haben, später besser bezahlte Stellen in der Industrie zu finden, denn in der Lithographie gibt es ja gar keine Großindustrie in dem Sinne wie bei den meisten andern handwerklichen Berufen. Vom Lithographenhandwerk meint man eben, weil es ein ausgeprägtes Kunsthandwerk ist, daß es sich seinen goldnen Boden bewahrt habe. Der Wahn, daß jeder, der über gute zeichnerische Anlagen verfügt, in der Lithographie eine sichere und gut auskömmliche Existenz finde, ist in der Öffentlichkeit leider immer noch fest eingewurzelt. Dazu lassen es sich gewisse Leute — es sei zum Beispiel auf die Dresdner Vorkommission hingewiesen — noch sehr angelegen sein, diesen Wahn beträchtlich weiter zu steigern.
 Aus allem dem ergibt sich, daß wir nicht nur das Recht, sondern in Rücksicht auf das Gemein-

wohl sogar auch die Pflicht haben, die Öffentlichkeit auf diesen unheilbringenden Irrtum aufmerksam zu machen.

Eine solche Aufklärungstätigkeit hat, obwohl sie bestimmte Wirkungen nach sich zieht, durchaus nichts gemein mit gewissen zünftlerischen Bestrebungen. Wer die eigenartige Stellung kennt, die die Lithographie gegenüber allen andern Handwerken einnimmt, kann uns nicht solche falsche Unterstellungen machen. Nach unsern Schilderungen muß jeder einsehen, daß im Lithographenhandwerk wegen der besonderen Entwicklungserfordernisse auch ein besonderes Vorgehen zur Herstellung einer Gesundung der Berufsverhältnisse geboten ist. Im Lithographenhandwerk werden ja die so überaus unsicheren Erwerbsverhältnisse weniger, wie es im Handwerk allgemein der Fall ist, herbeigeführt durch die Aufsaugung des kleinen Handwerksbetriebs durch den kapitalistischen Großbetrieb, sondern mehr durch die fortschreitende Ersetzung der Handgeschicklichkeit der Lithographen durch die Tätigkeit des Lichts, also durch eine fast vollständige Auflösung des Lithographenberufs.

Wie weit unser Beruf der Auflösung schon entgegen gegangen ist, das zeigt wieder einmal recht drastisch die jüngste Statistik unserer Berliner Lithographenfiliale. Nach dieser Statistik, die am 5. Mai aufgenommen worden ist, ging die Zahl der in Berlin beschäftigten Chromolithographen innerhalb der letzten zwei Jahre um 260 oder um 40 vom Hundert zurück. Im Juni 1911 wurden in Berlin 652 Chromo-Lithographen beschäftigt, am 5. Mai dieses Jahres konnten nur noch 392 gezählt werden.

Diese sich hier zeigende Ausschaltung der Handtätigkeit des Lithographen wird aber auch noch in der nächsten Zeit so weiter gehen. Wie wir später zeigen werden, wird durch die Nutzbarmachung der zeldnerischen Kraft des Lichts nun auch die Handgeschicklichkeit des Gravur- und Zeldnerlithographen zum guten Teil unnötig gemacht.

Wenn es durch diese Entwicklung in unserm Berufe nun selbst solchen Lithographen, die im besten Lebensalter und auf der höchsten Stufe der Leistungsfähigkeit stehen, sehr schwer möglich wird, ein Unterkommen zu finden, dann braucht man sich wahrlich nicht darüber zu wundern, daß sich die alten Lithographen, denen doch ein Berufswechsel überhaupt nicht mehr möglich ist, zu den erbärmlichsten Hungerlöhnen dem Unternehmer anbieten müssen. Folgende Annonce, die wir letzthin im Druckerei-Anzeiger fanden, läßt klar erkennen, wie schlimm sich für uns die Verhältnisse in unserm Berufe gestalten haben. Sie lautet:

„Ein arbeitsfreudiger und völlig arbeitsfähiger Zeichen-Lithograph, 76 Jahre alt, sucht unter sehr bescheidenen Ansprüchen Stellung. Suchender ist geübt in Kreide, Feder und Gravur, sowie im Entwerfen von Plakaten, Eilketten, Packungen usw. mit dem Stifte und in Farben.“

Es ist bei diesem Angebote zu beachten, daß sich der Stellensuchende gezwungen sieht, mit dem geringsten Lohn fürlieb zu nehmen, obwohl er bei seinem Alter noch völlig arbeitsfähig ist.

Angesichts dieser, von uns hier geschilderten Tatsachen ist es wirklich, gelinde gesagt, frevelhaft von gewissen Menschen, daß sie es wagen, junge Leute in Massen durch falsche Angaben über unsere Berufslage zur Erlernung der Lithographie zu betören. Diesen Menschen, die, weil ihnen in den Städten allmählich der Erfolg ausbleibt, ihre Tätigkeit nun auf das Dorf verlegen und dort Lehrer und Geisliche in ihre Dienste stellen, muß unbedingt das Handwerk gelegt werden. Schon aus moralischen Gründen dürfen wir es nicht zulassen, daß die Unkenntnis der ländlichen Proletarier ausgenutzt wird zur Durchführung der Pläne gewissenloser Profitmüchel.

Wie sehr man im allgemeinen darauf aus ist, junge Leute besonders für die Erlernung des Lithographenhandwerks zu betören, und welche Summen man es sich kosten läßt, um sie als brauchbar für diesen Beruf zurecht zu kneten, das zeigt das Vorgehen der Schutzverbandsfirma Wezel & Naumann in Leipzig. Diese Firma läßt, wie letzthin aus Leipzig berichtet wurde, eine ganze Anzahl Schulknaben von einem städtischen Zeichenlehrer für die Lithographie zeichnerisch drillen, obwohl die Firma wegen der fortschreitenden Zusammenschmelzung ihrer Gehilfenzahl gar nicht weiß, ob sie Ostern nächstes Jahr überhaupt einen Lithographenlehrling nach unsern Vereinbarungen einstellen darf. Dieser Vorgang läßt erkennen, daß man sich im Schutzverbände in der Auslegung unserer Vereinbarungen in der Lehrlingsfrage neuerdings gar bemerkwürdiger Künste zu befleißigen sucht. Vom Kreisvorsitzenden des Schutzverbandes in Hannover wurde zum Beispiel auch unlängst eine Beschwerde unseres Verbandes über die Überschreitung der zulässigen Lehrlingszahl in einer Firma kurzerhand mit der Bemerkung abgetan,

daß der Schutzverband seine Hand nicht dazu bieten könnte, daß ein bereits abgeschlossenes Lehrlingsengagement nicht gehalten werde. Abgeschlossene Verträge dürften nicht gebrochen werden! In solchen Fällen hätte eben immer der Kollektivvertrag zu Gunsten des Einzelvertrags zurückzutreten. Daß man sich mit solchen Worten selbst widerspricht und daß mit der Geltendmachung solcher Grundsätze jeder Kollektivvertrag von vornherein überhaupt hinfällig wird, dessen scheint man sich im Schutzverbände jedenfalls nicht bewußt geworden zu sein!

Zur richtigen Kennzeichnung des ganzen Gebarens der Lehrlingszüchter und Lehrlingszütreiber im Handwerk sei zum Schlusse nicht vergessen, daß diese Leute, die von der angeblichen Schönheit des Handwerks im allgemeinen und des Lithographenberufes im besonderen nicht genug reden können, ihre eignen Sprößlinge viel zu gut dafür halten, um sie einem Handwerk zuzuführen. Selbst der kleinste Handwerker sieht in der Regel davon ab, seinen Sohn seiner eignen Laufbahn folgen zu lassen; auch er führt seinen Sprößling im allgemeinen lieber irgend einem akademischen Berufe zu. Im Lithographenhandwerk, das doch noch einen besonders guten goldenen Boden haben soll, fällt es unter den vielen großen Schreibern über den angeblichen Lehrlingsmangel noch nicht einmal dem simpelsten Privatlithographen ein, seine eignen Nachkommen als Lehrlinge einzustellen; auch sie müssen etwas „besseres“ werden, müssen studieren! Das Wort, daß das Handwerk einen goldenen Boden habe, gilt eben auch hier nur für die Volksschüler, für die gutgläubigen Proletarierjünglinge, die man durch gewissenlose Täuschungsmanöver als Ausbeutungsobjekte für einen absterbenden Beruf zu gewinnen sucht.

Daß es die Verherrlicher des Handwerks nur auf die Betörung der Proletarierjünglinge abgesehen haben, das gibt auch ganz offenerzigt der Hannoverische Lehrer Schüttler in seinem Wegweiser für die Berufswahl zu. Er sagt: Der Hauptberuf des Volksschülers ist und bleibt das Handwerk in allen seinen Zweigen und Abstufungen. In ihm ist Platz für alle Fähigkeiten und Begabungen. Nur die Bequemen und Faulen, die Unordentlichen und Liederlichen mögen ihm fernbleiben; denn für sie ist das Handwerk zu gut.

Da die vielen Schreier nach Lehrlingen davon absehen, ihre eignen Sprößlinge als Lehrlinge zu werben, müßten sie sie demnach als zu bequem und faul, zu unordentlich und liederlich für die Lehre halten. In der Wirklichkeit meinen sie aber, daß sie zu gut dafür seien.

Dieser Tatsache sollte man sich in den Kreisen, die man mit seiner unlauteeren Lehrlingswerberei bedenkt, stets bewußt sein!

Eine Genugtuung.

Selbstlose, uneigennütige Kollegen, denen nur die Sache gilt, niemals Personen, erleben manchmal, daß sie nicht verstanden werden und oft für ihre gemeinnützige Tätigkeit noch Undank ernten und persönlich angegriffen und verunglimpft werden. Geben ihnen aber eher oder später die Tatsachen Recht, so ist es eine gewisse Genugtuung für die aufopfernde Tätigkeit im Interesse des Ganzen. Ein solcher Fall soll heute zu Nutz und Frommen der Kollegen hier kurz geschildert werden. Wie jedes Jahr, so wurden auch vor mehreren Jahren in unserm Orte eifrig Lithographen- und Stein-druckeriehrlinge gesucht. Als der Vorsitzende der Mitgliedschaft erfuhr, daß ein Junge, der im Zeichnen die Zensur 4 (vier!) hatte, als Lithographenlehrling angenommen werden sollte, schrieb er sofort an dessen Vater: „Zufällig kam diese Karte in die Hände des Herrn Ober- und vielleicht auch des Chefs, und es wurde da so etwas wie vom Verklagen des karteschreibenden Verbandsvorsitzenden gesprochen. Der Vorsitzende, der dem Vater die Wahrheit über den Lithographenberuf geschrieben hatte, wurde aber nicht verklagt, der Lehrling jedoch in die „Kunstanstalt“ aufgenommen.“

Bei erneuter Lehrlingssuche anderer Firmen spielte sich nun ein örtlicher Preßkampf ab. Einige ältere Lithographen veröffentlichten einen Artikel: „Die Lehrlingsfrage im Lithographie- und Stein-druckgewerbe“ als Antwort auf einen herausfordernden Prinzipalsartikel. In dem Gehilfenartikel wurde gesagt: „Sind denn bis jetzt auch nur einmal Lehrlinge auf ihre Fähigkeiten geprüft worden, wie bei den Vereinbarungen 1906 ausgemacht wurde? Nein, man war zufrieden, wenn sich des Nachtwächters oder Holzhausers Sohn vom Dorfe meldete, dem auch jede Fähigkeit für diesen Beruf abging.“ (Dieser Satz ist von großer Wichtigkeit!)

Prinzipalsseitig wurde darauf wieder geantwortet: „Die älteren Lithographen müssen doch schon steinalte Leute sein, wenn sie noch so rückständigen sozialen Ansichten huldigen und dem Ständedünkel frönen. In die heutige Zeit passen sie gewiß nicht mehr.“ Der schreibblustige Prinzipal hatte dabei den oben hervorgehobenen Schlusssatz des Gehilfen-

artikels ganz unterschlagen und nur bemerkt, daß Nachtwächter- und Holzhausersöhne vom Lande von jedem Druckereibesitzer gerne angenommen werden, wenn nur die für den Beruf erwünschten Anlagen vorhanden sind.

Dieser Tage mußte nun der Ortsvorsitzende erleben, daß der Vater des betreffenden Lithographenlehrlings in bezug auf seinen Sohn, den er trotz der Zensur 4 im Zeichnen und trotz der Warnung des Ortsvorsitzenden als Lithograph in die Lehre gegeben hatte, wörtlich eingestehen mußte: „Aus dem wird ja doch nichts.“ Er gebrauchte dabei noch einen ortsüblichen kräftigen Namen, der nicht in Knigges-Umgang mit Menschen zu finden ist.

Nach fast vier Jahren kam diese Einsicht, aber sie kam wenigstens, und das ist eine Genugtuung Würde von jedem Kollegen stets die Wahrheit über unsern Beruf gesagt, stände es besser um uns.

Die photomech. Fächer.

Ein loyaler Dienst.

Die Firma Edm. Gaillard, Berlin, teilt uns mit daß sie von einem Aufsatz in der „Graph. Presse“ Kenntnis erhalten habe, in dem gesagt sei, daß die Firmen, die dem Bunde nicht angehören, nur wegen der Lehrlings- bez. der Lohnfrage abseits stehen und daß die Preiskonvention nicht etwa ein Hindernis für die Verbandssache, sondern nur ein Vorwand für die Sonderstellung sei. Demgegenüber erklärt nun die Firma Gaillard, daß für sie tatsächlich die Preiskonvention das Hindernis für ihre Zugehörigkeit zum Bunde ist. Bei deren Fortfall würde sie gern mit Zustimmung ihrer älteren Herren um die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachsuchen. Die Zugehörigkeit zum Bunde bietet jedoch keinerlei Gewähr für die Einhaltung der Konvention und mit ganz vereinzelt Ausnahmen liefern die Bundesfirmen zu jedem annehmbaren Preise. Wenn auch die Satzungen nicht streng gehandhabt würden, so handele es sich bei dem Eintritt um die Eingehung von Verpflichtungen und die Anerkennung von Satzungen, wobei mindestens auf einer Seite Unkorrektheit und Unkonsequenz liegen müßte.

Die Firma zweifelt nicht daran, daß wir loyalerweise von ihrer Erklärung Notiz nehmen werden. Diesen guten Glauben rechtfertigen wir hiermit. Wir glauben aber kaum, daß wir dadurch der Firma einen guten Dienst erweisen, noch daß sie sich das mit ihrer Erklärung selbst getan hat. Wenn uns von Außenseitern über Organisationsfragen Vorhaltungen gemacht oder Belehrungen gegeben werden, so erklären wir diesen rund heraus: wenn ihr Interesse an der Organisation habt, so tretet ihr bei und bringt dort eure Monitas vor. Solange ihr das nicht tut, beweist ihr, daß es euch eher um alles andere als das Wohlergehen der Organisation zu tun ist. Besteht in einem Gewerbe ein Tarifvertrag, unter dem sich das Gewerbe der höchsten Blüte entwickelt hat, und es kommen dann Außenseiter, um dieses und jenes nicht gut und richtig zu finden, so kann man ihnen ebenfalls nur erwidern: werdet tarifreu und helft mit, die Schäden abzustellen. Sonst können uns all eure Erklärungen nichts nützen, und wenn wir noch so loyal davon Notiz nehmen.

Dann ist aber die Firma Gaillard durchaus falsch unterrichtet, wenn sie meint wir hätten den Glauben, für die Unternehmer sei die Konvention nur der Vorwand für ihr Fernbleiben von der Tarifgemeinschaft. Im Gegenteil. In dem Artikel heißt es ausdrücklich, daß wir die Echtheit der Abneigung der nicht tarifreuen Unternehmer gegen die Konvention gar nicht in Frage stellen. Der Erklärung der Firma Gaillard hätte es darum gar nicht bedurft, obwohl sie aus einem ganz andern Grunde als dem des Konventionsverstoßes aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen wurde. Und da in dem Schreiben der Firma Gaillard auch von der Lehrlingsfrage die Rede ist, dürfte es ganz angebracht sein, sich dessen zu erinnern, daß der Ausschuß der Firma im März 1906 wegen Nichtanerkennung eines Schiedsspruches über zuviel eingestellte Lehrlinge erfolgte. 3 Lehrlinge waren zuviel angenommen worden; einen davon hatte man ihr belassen. Darüber, was nun mit den andern beiden werden sollte, konnte sie sich innerhalb von 4 Wochen zu keiner Erklärung entschließen. Etwa 5 Jahre später suchte ein Teil der bei ihr beschäftigten Gehilfen die Firma Gaillard für den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft zu bewegen. Sie lehnte es ab. Bei dieser Gelegenheit konnte aber festgestellt werden, daß in der Anstalt ebensoviel Lehrlinge und Hilfsarbeiter beschäftigt wurden als Gehilfen: 22 oder 23 Gehilfen, 13 oder 14 Lehrlinge und 9 Hilfsarbeiter. Das Chemigraphiegewerbe ist schon lange so gestellt, daß es einen so hohen Prozentsatz von Lehrlingen nicht braucht. Es müssen darum wohl andere Gründe für die Lehrlingsausbildung engros maßgebend sein. Und will uns die Firma Gaillard nun wohl auch loyalerweise gestalten, einen Einblick in ihre heutigen Personalverhältnisse zu tun?

Nebenbei sei nur noch bemerkt, daß einige der älteren Herren, nach deren Wunsch sich die Firma Gaillard in der Frage des Anschlusses an die Tarifgemeinschaft richtet, in unserer Organisation als Halbmitglieder geduldet werden.



Feuilleton.

Grundgedanken der Schulreform.

(Schluß.)

Die Reformpädagogen verlangen sogar die Problemstellung vom Schüler, nicht — wie einst Ziller — vom Lehrer. In gemeinsamer Arbeit suchen Lehrer und Schüler, wie Freunde, die nach einem Ziele streben, das Problem zu lösen. In gemeinsamer Beratung werden die verschiedenartigsten Wege erörtert, die zum freudigen Gewinn einer neuen Erkenntnis führen könnten. Der Lehrer muß der spontanen Entwicklung seines Zöglings freien Raum gewähren und ihm die Arbeit durch wohlwollende, unmerkliche Führung so leicht, so erfreulich wie möglich machen. Das Kind muß es fühlen: Er ist dein Freund, nicht dein Bedrückter! Darum schalt uns auch jetzt häufig ein neuer Ruf entgegen: »Erziehung zur Arbeitsfreude!« Und ich glaube, daß eine dahinstrebende Erziehung, auf Grund des Arbeitsprinzips, vom allergeringsten Einfluß auf unsere, durch Not und Elend mannigfachster Art niedergedrückte Jugend des Volkes sein wird. Freudige Kinder, freudige Jugend! In der bisherigen »Lernschule« sind sie geradezu zur Unmöglichkeit geworden.

Für den Unterricht an sich bleibt das große pädagogische Problem zu lösen: Wie ist es möglich, den Wissenserwerb, der bisher ein rezeptives, passives Aufnehmen war, zu einem Akt der Willensbetätigung, zu einer spontanen, freudigen Apperzeption zu machen? Das Problem wird noch für eine ferne Zukunft zu lösen offen bleiben, obgleich man schon hier und da durch überraschende Versuchsergebnisse dem neuen Ziele glaubt näher gerückt zu sein.

Das Jahrhundert des Kindes hat bisher noch recht wenig praktische Erfolge gezeitigt, uns aber um so mehr mit Schlagwörtern und wirr durcheinander gehenden Strömungen beschenkt, so daß wir wirklich Sehnsucht bekommen nach einem pädagogischen Genie, welches mit weitschauendem Blick und kühnem Griff alle die mannigfaltigen Regungen und Strömungen auf pädagogischem Gebiet in ein großes, neuen Idealen entsprechendes Erziehungssystem überzuführen und zu ordnen versteht. Kunst-erziehung, Persönlichkeitskultur, Selbstgovernment, Genieschulen, Landeserziehungshäuser, Waldschulen, Arbeitspädagogik, Werkunterricht! Man hat das Chaos einer neuen Welt vor sich und es ist darum wohl nötig, erst einmal das »Jahrhundert eines großen Pädagogen« als das »Jahrhundert des Kindes« zu ersehen.

Aber nicht nur die moderne Philosophie hat befruchtend auf die Weiterentwicklung der Pädagogik gewirkt, sondern auch die Naturwissenschaft. Der Entwicklungsgedanke, welcher als die hervorragendste Errungenschaft des verflorbenen Jahrhunderts alle Wissenschaften durchdrungen und schließlich sogar unsere Lebensauffassung ganz und gar verändert und zu neuen Arbeitszielen anregt hat, ist auch für die Reform des Schulwesens von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Zunächst hat uns der Entwicklungsgedanke auf psychologischem Gebiete ein großes Stück vorwärts gebracht. Wir haben erkennen gelernt, daß ein Parallelismus besteht zwischen ontogenetischer und phylogenetischer Entwicklung. Somit ist das Einzelindividuum, das Kind, sehr stark von der Beschaffenheit der Gesamtheit, der Rasse, abhängig. Herbert Spencer, der große englische Philosoph, kommt darum in seiner »Erziehung« zu folgendem Grundsatz: »Die Erziehung des Kindes muß sowohl in Art als in Anordnung mit der historisch betrachteten Erziehung der Menschheit übereinstimmen. Mit anderen Worten: die Ge-

nesis des Wissens beim Individuum muß denselben Weg verfolgen wie die Genesis des Wissens bei der Rasse.«

Bei der Erwerbung des Wissensstoffes ist aber die Menschheit allein durch Selbstunterricht fortgeschritten. Darum sollte auch in der Erziehung des Einzelnen »die Selbstentwicklung bis aufs alleräußerste ermutigt werden.« Herbert Spencer sagt: »Diejenigen, die in dem alten Schuldrill erzogen worden sind und die Idee angenommen haben, daß Erziehung nur in diesem Stille ausführbar ist, werden es für hoffnungslos halten, die Kinder zu ihren eignen Lehrern zu machen.«

Das Kind steht ja heutzutage so sehr mit der Umwelt in Verbindung, daß es gar nicht umhin kann, an der Natur und dem sozialen Leben vorüberzugehen. Die Wechselbeziehungen zwischen Kind und Umwelt dauern ununterbrochen ein Leben hindurch fort und der Entwicklungsgedanke spielt bei der Eingliederung der Einzelnen in den sozialen Organismus wiederum eine Hauptrolle. Das Kind muß sich in die gegebenen sozialen Verhältnisse, in die Gesellschaftssphäre (Familie, Schule, Gemeinde, Staat usw.) hineinentwickeln. Damit ist aber die soziale Aufgabe der Erziehung noch nicht erschöpft. Das einzelne Individuum soll auch als geistig und sittlich tüchtige Persönlichkeit an der Weiterentwicklung und Vervollkommnung des Gemeinschaftslebens teilnehmen. Sittlich tüchtige Persönlichkeiten mit einer edlen Gesinnung zu erziehen, das ist die höchste und vornehmste Aufgabe der Pädagogik — der Sozialpädagogik.

Die von Kerschensteiner und anderen Reformern befürwortete staatsbürgerliche Erziehung ist eine der »sozialen Pädagogik« etwas nahekommende Bestrebung, die leider den Grundgedanken doch nicht gehörig erfaßt hat und zum Teil recht tendenziös in der Fühlweise der modernen pädagogischen Bestrebungen verläuft.

Es ist eben leider Tatsache, daß man selbst in Lehrerkreisen der Sozialpädagogik, die von keinem Geringeren als von Pestalozzi hohe Würdigung erfuhr, nicht das Interesse und die nötige pädagogische Aufmerksamkeit zuwenden wie der Individualpädagogik. Professor Natorp-Marburg ist der erste, welcher eine wissenschaftliche Begründung der Sozialpädagogik versuchte. Entgegen Zillers Meinung, daß es den Erzieher als solchen nichts angehe, daß die Bildung, die der Einzelne in sich trägt, auch der Gesellschaft zugute komme, steht die Auffassung der Individuen, welcher behauptet, »daß die Erziehung des Individuums in allen wesentlichen Richtungen sozial bedingt ist, wie umgekehrt die menschliche Gestaltung des sozialen Lebens abhängt von einer eben hierauf gerichteten Erziehung des Einzelnen. Die soziale Bedingung der Bildung und die Bildungsbedingungen des sozialen Lebens bilden das Thema der Sozialpädagogik.«

Der nur individuelle Standpunkt auf pädagogischem Gebiete sollte nun endlich überwunden sein; denn eine Erziehung, die auf Staat und Gesellschaft keine Rücksicht nehmen will, kann ja nur in der Theorie, niemals in der Praxis bestehen. Der individuelle Mensch ist zwar das Ursprüngliche, was auch dem Erzieher als erstes entgegentritt, der soziale Mensch aber ist das Produkt der Erziehung. Die Aufgabe der kommenden Zeit besteht deshalb darin, die Individualpädagogik zur Sozialpädagogik zu erweitern; denn das ist das Ideal der sozialen Erziehung: »Arbeit im Dienste der Mitmenschen, des Volkes, der Menschheit.« (Ostwald.)

F. P. Baegge-Coswig.

Vom Büchertisch.

Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. Von M. Richter. (Soz. dem. Frauen-Bibliothek, IV.) Verlag: Buchhandlung Vor-

wärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. 38 Seiten 80. Preis 40 Pf.

Das Schriftchen führt ein in die Industrialisierung Württembergs und behandelt die Stellung der Frau in der württembergischen Landwirtschaft und in den großen Industriegruppen. Sie wird für alle Volkswirtschaftler von Wert und Interesse sein. ph.

Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Von Dr. med. W. Hanauer Frankfurt a. M. (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 34.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. 16 Seiten 80. Preis 30 Pf.

Auf die Buchdrucker, mit denen die Arb.-Ges.-Bibl. die Reihe der einzelnen Berufe eröffnete, deren Hygiene sie zu schildern unternommen hat, folgen mit dem vorliegenden Heft die Gasarbeiter, auf die Metallvergiftung die Gasvergiftung. Der Verfasser ist mit dem Beruf und seinen Gefahren voll vertraut, sodaß anzunehmen ist, daß die sachkundige und leicht verständlich geschriebene Schrift besonders in den Kreisen der Gasarbeiter die * verdient Beachtung und Verbreitung finden wird.

Führer durch das preußische Gesinderecht im Geltungsbereiche der Gesindeordnung vom 8. November 1910. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. 64 Seiten 160. Preis 30 Pf.

In dem vorliegenden Führer ist das preußische Gesinderecht im Zusammenhang mit den durch das BGB. abgeänderten Bestimmungen, sowie der Vorschriften der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, über die Gesindebücher, die Bestrafung des Gesindes und der ländlichen Arbeiter ausführlich erläutert. Auch sind die Rechtsverhältnisse der Gesindemäkler (Stellenvermittler) erörtert. Trotz der vielen in Preußen geltenden Gesindeordnungen sind die Rechtsverhältnisse des Gesindes im wesentlichen die gleichen, so daß dieser Führer ein praktischer Ratgeber für jeden Dienstboten im Deutschen Reiche ist. *

Die Heilung der Stuhlträgheit und ihrer Folgeerscheinungen von Dr. med. Bergmann, Berlin. Medizinischer Verlag Schweizer & Co., Berlin NW. 87.

Nach einleuchtender Schilderung der Ursachen der Stuhlträgheit werden ihre Folgen, insbesondere Darmvergiftung, Hämorrhoiden, Zuckerkrankheit, Arterienverkalkung, Kopfschmerz, Nervenleiden etc. und endlich die von der heutigen Medizin erprobten Heil- und Vorbeugungsmittel gegen Hartleibigkeit eingehend behandelt. Eine besondere Bedeutung hat Dr. Bergmanns Buch für alle an Stuhlträgheit Leidenden aus dem Grunde, da es in eindringlicher Weise die Gefährlichkeit der so häufig und übermäßig angewendeten Abführmittel beleuchtet und an Stelle dieser den Weg zu einer natürlichen und gründlichen Heilung der Stuhlträgheit weist.

Der Pariser Garten und anderes von Minna Kautsky. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 247 Seiten. Preis gebunden 1 Mark.

Der neue Band der Vorwärtsbibliothek enthält drei fesselnde Erzählungen der kürzlich verstorbenen, in der Arbeiterschaft sehr beliebten Erzählerin. Er ist geeignet, der Vorwärtsbibliothek, die gute Romane und Erzählungen in trefflicher Ausstattung zu dem billigen Preise von 1 Mark pro Band auf den Büchermarkt bringt, viele neue Leser und Freunde zu werben. ph.

Aus der Werkstatt des Klerikalismus. Gegen Jesuitismus, Pfäfferei und Aberglauben! Rede des Reichsratsabgeordneten Franz Schummeier, gehalten in der 72. Sitzung der XV. Session des österreichischen Abgeordnetenhauses. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI. 32 Seiten 80. Preis 12 Heller.

Der tragische Tod des Reichsratsabgeordneten Schummeier hat die Erinnerung an viele seiner glänzenden Reden wachgerufen, deren eine aus dem Jahre 1901 in diesem Schriftchen als unveränderter Neudruck vorliegt. +

Stellenangebote

Noch einige wirklich tüchtige **Maschin.-Retuscheure** finden dauernde und angenehme Stell. bei **Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.** [180]

Andrucker

für Schwarz und **Metal-Retuscheur**, erste Kräfte, sofort gesucht. [240] **Dr. Seile & Co., Graph. Kunstanstalt, Berlin, Zossenerstraße 55.**

Holzstecher

2 jüngere, flinke können sofort eintreten bei **A. Surber, Formsticherei, Goldsch bei Rorschach (Schweiz).** [180]

Messingstecher

Mehrere tüchtige, einer davon besonders für Blaudruck, werden durch den Nachweisesuch. **C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.**

Verschiedenes

Graphische Fachklassen Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbebeschau **Barmen**

180 Goldfallfederhalter

(Verfallenes Plandobjekt!) m. gestemp. 14kar. Goldfeder, sonst 10 M. gebe so-lange Vorrat reicht auch einzeln à 5 Mk. (Nachn. 30 Pf. mehr), ab. **H. Reher, Kiel, Metzstraße 31.**



ADLER-FILM

das weißbleibende Tangierfilm mit Hoch-Relief. **F. Trommer, Leipzig, Bülowstraße 8.**

Roulett., Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Aus-führung fertigt an **Carl Neumann, vormals G. König Berlin SO., Manteuffelstr. 31.**

Wischwalzen - Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert **Edmund Behnisch, Luckenwalde.** Vertreter an allen größeren Plätzen. Ia. Zeugnisse.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Der Aluminumdruk (Aligraphie). Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz.**

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Verbandsnachrichten

Zur Beachtung!

Teile den Kollegen mit, daß vom 20. Juli bis 15. September ds. Js. meine Adresse als [270] **Auskunftserteiler f. Indien, Leipzig-Thonberg, Hofstraße 6, III ist. Willy Volandt.**

Um Angabe der Adresse des Lithogr.

Karl Müller, aus Breslau, 31 Jahre alt, vor zirka 4 Jahren in Nerchau tätig, wird wegen familiären Verhältnissen gebeten. **Fritz Zappe, Waldenburg i. Schls. Scheuerstraße 7. [240]**